

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 7. November 1979

am Donnerstag, dem 8. November 1979

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	15, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	15, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	5, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	7, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	8, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	9, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	10, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	11, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	12, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	13, 30 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	14, 32 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	2, 36 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	2, 38 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	3, 39 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	39 *)

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

1. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung mit den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit, einer geordneten städtebaulichen Entwicklung in den Gemeinden und den ausschließlich bodenrechtlichen Zielsetzungen des Bundesbaugesetzes für vereinbar, die Instrumente der Bauleitplanung und die Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktureinrichtungen zur Investitionslenkung und Investitionskontrolle einzusetzen?
2. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Auf welche konkrete Verhältniszahlen und welchen Zeitraum stützt die Bundesregierung im einzelnen ihre Angaben, daß die Mittel des sozialen Wohnungsbaus deutlich überproportional kinderreichen Haushalten zugute kämen und dabei im allgemeinen Haushalte mit niedrigerem Einkommen bevorzugt berücksichtigt würden, und inwieweit treffen diese Aussagen auch noch für die neuesten Sozialmietwohnungen zu?
3. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Inwieweit ist die Koordinierung zwischen der vom Bundesbauministerium vorgestellten „Zweiten Fortschreibung“ für das Forschungsprogramm Raumordnung und Städtebau und dem kürzlich vom Bundeskabinett verabschiedeten Bauforschungsprogramm sichergestellt?
4. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die in Berlin dringend notwendige Förderung des Dachgeschoßausbaues zu Wohnzwecken im Hinblick auf die sehr engen Vorschriften der Baunutzungsverordnung und der Ausnahmemöglichkeiten nach § 31 des Bundesbaugesetzes auf erhebliche Schwierigkeiten stößt, und ist die Bundesregierung bereit, die Initiative zu einer Änderung dieser Vorschriften zu ergreifen, die der besonderen Situation des Landes Berlin gerecht wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

5. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) In welcher Weise wird die Bundesregierung bei den für die Schulbücher zuständigen Bundesländern darauf hinwirken, daß die Kurzbezeichnung „BRD“ künftig in Schulbüchern unterbleibt, nachdem diese Kurzbezeichnung in einer Reihe von Schulbüchern — so z. B. im Geographie-Buch für das 9. und 10. Schuljahr „Die Umwelt gestalten“ — Klett-Verlag — auf den Seiten 48, 51, 54, 158 und 161 und in den Karteiüberschriften Seiten 22 und 158, sowie im Arbeitsbuch für die Sozial- und Gemeinschaftskunde der Klassen 7 bis 9/10 „Gesellschaft und Politik“ — Metzlersche Verlagsbuchhandlung — auf den Seiten 121, 129, 138, 144 und 145 — festgestellt wurde?

6. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß von der Bundesregierung in Erwägung gezogen wird, die Straßenbenutzungsgebühren, die die DDR für Kraftfahrzeuge aus der Bundesrepublik Deutschland und aus Berlin (West) bei Fahrten in die DDR erhebt, im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Novelle zum Kraftfahrzeugsteuergesetz in Höhe von 50 Millionen DM bis 100 Millionen DM zu pauschalieren?
7. Abgeordneter
Dr. Sprung
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß in Verbindung mit dieser Maßnahme der 1973 vereinbarte „kleine Grenzverkehr“ von West nach Ost auf alle Stadt- und Landkreise zwischen Hamburg und Hannover (inklusive dieser Städte) erweitert werden soll, wobei jedoch das Besuchsgebiet in der DDR auf die bisherigen grenznahen Gemeinden beschränkt bleibt?
8. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Welche Summen errechnen sich aus der bisher individuellen Zahlungsweise der Straßenbenutzungsgebühren an SED-Behörden und wie hoch ist demzufolge die Überzahlung, die durch die nunmehr jährlich zu zahlende Pauschale von 50 Millionen DM vom Steuerzahler aufzubringen ist?
9. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, erneut darauf hinzuweisen, daß es sich bei den Tagesreisen für Besucher aus einem bestimmten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland in die DDR nicht um „kleinen Grenzverkehr“ im herkömmlichen Sinne handelt, der ein spontanes Hin und Her ohne lästiges Antragsverfahren und unter anderem die Möglichkeit bietet, an anderen als dafür vorgesehenen Stellen die jeweilige Grenze zu überschreiten?
10. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung sich bei den jüngsten Verhandlungen mit der DDR bemüht, den sogenannten Tagesaufenthalt wenigstens auf einen Tag, das heißt 24 Zeitstunden auszudehnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

11. Abgeordnete
Frau Erler
(SPD)
- Welche Ergebnisse erhofft sich die Bundesregierung von den vier vorgesehenen Kabelfernsehen-Pilot-Projekten, die man nicht auch durch eine Auswertung ausländischer, z. B. belgischer, Erfahrungen mit Kabelfernsehen gewinnen könnte?
12. Abgeordneter
Klein
(München)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die im Zusammenhang mit den Bemühungen um eine deutsch-französische Konvention zur Verhinderung der Ausstrahlung kommerzieller Fernsehprogramme durch Radio Tele Luxembourg via Satellit in die Bundesrepublik Deutschland geübte Kritik des luxemburgischen Außenministers Gaston Thorn, der es als befremdlich bezeichnete, daß ausgerechnet Politiker der Bundesrepublik Deutschland „die Freizügigkeit im Informations-, Nachrichten- und Werbebereich“ zu verhindern versuchten?

13. Abgeordneter
Klein
(München)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung angesichts dieser Bemühungen mittlerweile von der im „Bericht der Bundesregierung über die Lage von Presse und Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland (1978)“ – Bundestagsdrucksache 8/2264 – geäußerten Auffassung abgerückt, wonach die geltenden internationalen Verträge und Deklarationen über die Informationsfreiheit auch die „Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten und Ideen ohne Eingriffe öffentlicher Behörden und ohne Rücksicht auf Landesgrenzen“ einschließt, und ist die Bundesregierung bereit, sich auch in Zukunft für die Einhaltung dieser internationalen Konventionen über das Recht auf Informations- und Meinungsfreiheit einzusetzen?
14. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die von ihr mit Frankreich angestrebten Konvention gegen Radio Tele Luxemburg (RTL) mit dem Verfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland und den bestehenden internationalen Verträgen, wie dem Vertrag von Rom und der KSZE-Schlußakte von Helsinki sowie der UNESCO-Mediendeklaration von Paris und der Europäischen Menschenrechtskonvention, vereinbar sein würde, und wenn nein, welche Vorschriften bedürften nach ihrer Ansicht einer Änderung, um das geplante Vorhaben verwirklichen zu können?
15. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU)
- Mit Hilfe welcher konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu verhindern, daß Radio Tele Luxemburg (RTL), sei es über einen eigenen oder über einen gemeinsamen europäischen Satelliten, künftig kommerzielle Rundfunk- und Fernsehprogramme im Rahmen des technisch Möglichen in die Bundesrepublik Deutschland ausstrahlt?
16. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung angesicht der medienpolitischen Bemühungen des Bundesforschungsministers die Ergebnisse einer Anhörung von Sachverständigen im Ausschuß für Forschung und Technologie des Deutschen Bundestages zum Thema „Informationstechnik“ am 10. Oktober 1979, in der die großen Sorgen der deutschen Industrie über die bürokratischen, ordnungspolitischen und rechtspolitischen Hindernisse bei der Anwendung und Nutzung der neuen Kommunikationstechniken besonders deutlich geworden sind?
17. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU)
- Wird auf Grund der Politik der Bundesregierung die Sicherung von ca. 40 000 Arbeitsplätzen bei der Deutschen Bundespost und rund 80 000 Arbeitsplätzen bei den Zulieferern mittelfristig gefährdet, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diesen Umstand?
18. Abgeordneter
Reddemann
(CDU/CSU)
- Welche Folgen würden nach Meinung der Bundesregierung die vom Bundesforschungsminister angestrebte deutsch-französische Konvention zur Verhinderung der grenzüberschreitenden Satelliten-Fernsehprogramme von Radio Tele Luxemburg (RTL) in die Bundesrepublik Deutschland für die von der Bundesrepublik Deutschland ins Ausland ausgestrahlten Rundfunksendungen sowohl der „Deutschen Welle“ (DW) als auch der amerikanischen Sender „Radio Liberty“ und „Radio Free Europe“ haben?

19. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die vom Bundesinnenminister in seinem „Zwischenbericht über die im Bereich der neuen Medien auftretenden Probleme“ getroffene Feststellung, daß es „weder rechtlich noch technisch zu verhindern“ ist, wenn ausländische Programme in Konkurrenz zu den Programmen unserer Rundfunkanstalten treten, und wenn nein, warum nicht?
20. Abgeordneter **Dr. Schwarz-Schilling** (CDU/CSU) Sind die Bemühungen der Bundesregierung um eine deutsch-französische Konvention gegen Radio Tele Luxemburg (RTL) geeignet, Diktaturen jedweder Art in ihren Auffassungen zu bestätigen, daß grenzüberschreitende Hörfunk- und Fernsehsendungen eine unerlaubte, weil unerwünschte Einmischung in die inneren Angelegenheiten des eigenen Landes darstellen?
21. Abgeordneter **Dr. Schwarz-Schilling** (CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls unter diesem Aspekt die Bemühungen des Bundesaußenministers, denen vor allem das Zustandekommen der UNESCO-Mediendeklaration von Paris zu verdanken ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

22. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Versuch der Gewerkschaften, im Verwaltungsrat der VBL Karlsruhe eine Satzungsänderung herbeizuführen, wonach auch die Leistungen an freiwillig Weiterversicherte, Besitzstandsrentner usw. mit dynamisiert werden sollen, am Widerstand der Arbeitgeber, d. h. der Vertreter von Bund und Ländern gescheitert ist?
23. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU) Wenn ja, welche gewichtigen Gründe sprechen nach Auffassung der Bundesregierung gegen eine entsprechende Satzungsänderung, zumal auch die freiwillig Versicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung einen Anspruch auf eine dynamische Rente bzw. dynamisches Ruhegeld haben?
24. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um bei der Einführung der Sommerzeit eine Abstimmung über den einheitlichen Beginn und das einheitliche Ende in allen europäischen Staaten für die Zukunft herbeizuführen?
25. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD) Welche Probleme werden sich aus der Uneinheitlichkeit des Beginns der Sommerzeit im Jahr 1980 voraussichtlich ergeben, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um unerwünschte Folgen möglichst zu verhindern?
26. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit bzw. ist sie bereit, eine entsprechende Initiative zu ergreifen, um Einkünfte aus einer während des einstweiligen Ruhestands ausgeübten anderweitigen Tätigkeit ganz oder teilweise auf die Ruhestandsbezüge anzurechnen, wie es bei den auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzten schwerbehinderten Beamten der Fall ist?

27. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, im Interesse der Allgemeinheit die Möglichkeit der Versetzung von politischen Beamten in den einstweiligen Ruhestand auch dadurch auf ein Mindestmaß zu beschränken, indem der Kreis dieser Beamten im Bundesbeamtengesetz enger als bisher gezogen wird?
28. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung über das am 12. Oktober 1979 in der Süddeutschen Zeitung gemeldete Leck am französischen Atomreaktor Bugey?
29. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Konnte die Bundesregierung sich vergewissern, daß es sich bei dem Störfall von Bugey nicht um die vorhersehbaren Konsequenzen serienmäßiger Fabrikationsfehler am Standardtyp des französischen Reaktorbauprogramms handelt, in welchem Fall auch bei Kraftwerken in der Nähe der deutsch-französischen Grenze, z. B. bei Fessenheim, mit Freisetzen von Radioaktivität gerechnet werden müßte?
30. Abgeordneter
Schäfer
(Mainz)
(FDP)
- Genießt der israelische Geheimdienst in der Bundesrepublik Deutschland besondere Freizügigkeit seitens der Bundesregierung bzw. der ihr untergeordneten Dienste auf Grund der häufig zitierten sogenannten „besonderen Beziehungen“ zum Staate Israel?
31. Abgeordneter
Schäfer
(Mainz)
(FDP)
- Sieht sich die Bundesregierung auf Grund der Vorgänge in bayerischen Gefängnissen veranlaßt, die Tätigkeit des israelischen Geheimdienstes in Zukunft schärfer zu überwachen und gegebenenfalls auch energisch einzuschränken?
32. Abgeordneter
Marschall
(SPD)
- Trifft es zu, daß 24 vom Bund vor mehr als zwei Jahren für den Einsatz in Bayern beschaffte Katastrophenschutzfahrzeuge bisher immer noch nicht ausgerüstet bzw. geliefert wurden, und wie soll ein derartiges Verfahren künftig vermieden werden?
33. Abgeordneter
Marschall
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Bedenken, in ihren amtlichen Bekanntmachungen neben oder anstelle der Bezeichnung Sonnabend die häufiger gebrauchte Bezeichnung Samstag zu verwenden?
34. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß es sich — wie die Presse meldete — bei dem litauischen Kanu-Sportler Tschessiounias um einen Mitarbeiter des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes handelt, der den Auftrag hatte, Verbindung zu litauischen Emigrantenkreisen aufzunehmen, und bejahendenfalls seit wann ist der Bundesregierung dieser Umstand bekannt?
35. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU)
- Welches war der Inhalt des Gesprächs, das Bundesinnenminister Baum während seines Besuches in Moskau mit dem sowjetischen Sportminister Pawlow geführt hat und aus dem dieser am 10. Oktober 1979 in seiner Rede vor der IV. Europäischen Sportkonferenz in Berchtesgaden zitierte, daß Bundesminister Baum ihn gefragt habe, „ob das Gespräch zwischen dem Europäischen Sportrat, dem be-

kanntlich eine Reihe westlicher Länder angehören, und den Sportorganisationen der Sozialistischen Gemeinschaft von Nutzen sein wird“, und was hat Bundesminister Baum mit dieser Fragestellung gemeint?

36. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung nicht mehr der Auffassung, daß es nicht ihre Aufgabe sein kann, einer Verstaatlichung der internationalen Sportbeziehungen durch bilaterale staatliche Verhandlungen und Vereinbarungen mit Auswirkungen auf die Arbeit der autonomen Sportorganisationen Vorschub zu leisten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

37. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß das deutsche Auswärtige Amt zu dem derzeit in Köln anhängigen Südtirol-Prozeß gegen einen österreichischen und mehrere deutsche Staatsangehörige wegen Sprengstoffverbrechens, an dessen Durchführung weder Italien noch Österreich interessiert sein sollen, die Auffassung vertritt, daß die Durchführung dieses Verfahrens die Gefahr eines schweren Nachteils für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführen würde, und der Bundesjustizminister daher der Meinung ist und dies dem nordrhein-westfälischen Justizminister auch mitgeteilt hat, daß das Verfahren nach § 153 c StPO eingestellt werden sollte, und welches sind gegebenenfalls die Gründe, wenn die Bundesregierung die Durchführung dieses Prozesses hinnimmt, obwohl seit der Paketregelung für Südtirol einem österreichisch-italienischen Einvernehmen gemäß derartige Prozesse nicht mehr stattfinden sollen?
38. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Sind die mir in diesem Zusammenhang zugegangenen Informationen zutreffend, daß in dem Verfahren nur deshalb bislang keine Einstellung erfolgte, sondern die Hauptverhandlung begann, weil die Bundesregierung von Stellen der „DDR“ unter Druck gesetzt wurde, und wie lauten gegebenenfalls die Begründung, die die „DDR“ ihrem Ansinnen an die Bundesregierung gab, und die damit verbundenen Drohungen?
39. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD)
- Wie hoch etwa schätzt die Bundesregierung die Zahl der bisher an sogenannten Terroristenprozessen beteiligten Wahl- und Pflichtverteidiger und wie viele von ihnen sind gemäß § 138 a StPO von der Mitwirkung in einem Verfahren rechtskräftig ausgeschlossen worden?
40. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die in der Illustrierten „Stern“ vom 11. Oktober 1979, Seite 293, wiedergegebene Ansicht des Generalbundesanwalts Dr. Rebmann, wonach „Anwälte, die normalerweise Terroristen verteidigen, Prozeßverschlepper und Unterstützende der Angeklagten sind“, oder was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Rechtsanwaltschaft in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere auch die in Terroristenprozessen beigeordneten Pflichtverteidiger, vor einem derartigen Pauschalurteil des Generalbundesanwalts in Schutz zu nehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

41. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) Entspricht § 45 des Börsengesetzes über die Prospekthaftung der Emissionsbank nach Ansicht der Bundesregierung noch modernen Auffassungen über den Schutz des Aktionärs?
42. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD) Wie ist der Schutz der Erwerber junger Aktien sichergestellt, wenn diese — wie das häufig der Fall ist — bereits vor Veröffentlichung des Prospekts beim Publikum untergebracht werden?
43. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die unvermuteten Prüfungen nach § 78 der Bundeshaushaltsordnung bei den Verbänden der Bundeswehr in aller Regel außerordentlich personalaufwendig durchgeführt werden, und sind hier nicht Rationalisierungsmaßnahmen möglich, um dadurch Kosteneinsparungen zu erreichen?
44. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung ihre wiederholt im Bundestag vertretene Auffassung (vgl. 5. Wahlperiode, Stenographischer Bericht vom 17. November 1967, Seite 6953 und dem 26. Januar 1968, Seite 7744; 6. Wahlperiode, Stenographischer Bericht vom 4. Juni 1970, Seite 3096 und 8. Wahlperiode, Stenographischer Bericht vom 18. Januar 1979, Seite 10033) aufrecht, daß Personen, die während der NS-Zeit auf Grund einer Gerichtsentscheidung zwangssterilisiert worden sind, keine über die bisherigen gesetzlichen Leistungen hinausgehende Entschädigung erhalten sollen?
45. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Warum hat die Bundesregierung das am 19. Oktober 1979 vom Bundesrat verabschiedete Steuerentlastungsgesetz 1980, welches die heimlichen Steuererhöhungen des Jahres 1980 verhindern will, bisher dem Deutschen Bundestag nicht vorgelegt?
46. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung dieses Gesetz dem Deutschen Bundestag vorlegen?
47. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung mitteilen, welche steuerlichen Auswirkungen (z. B. Überleitung von Betriebs- in Privatvermögen, Aufdeckung stiller Reserven, Entnahmegewinne) nach Art und Umfang eintreten, falls die von ihr vorgeschlagene Hofabgabe als Voraussetzung für die Inanspruchnahme eines landwirtschaftlichen Witwengeldes Rechtskraft erlangt?
48. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die von ihr beabsichtigten Witwengeldregelung nach Hofabgabe durch die Rechtsvorschriften der Hofeordnung eingeengt und somit ein Teil selbst der zur Hofabgabe bereiten Witwen vom Bezug des Hinterbliebenengeldes ausgeschlossen wird?

49. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Trifft es zu, daß Streikgelder, die an streikende bzw. ausgesperrte Arbeitnehmer von ihrer Gewerkschaft laut *Satzung* ausbezahlt werden, der Lohnsteuer unterliegen, obwohl diese Streikunterstützung aus Beiträgen stammt, die sich nach dem Arbeitsentgelt bemessen, für das bereits Lohnsteuer bezahlt wurde, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, hier eine Änderung herbeizuführen.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

50. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung die derzeitigen Versorgungsschwierigkeiten mit Briketts bekannt, wonach Händler und Raiffeisenbanken über drei Monate auf bestellte Ware warten müssen, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Versorgung mit Briketts umgehend sicherzustellen?
51. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß von der DDR oberfränkischen Modellen in Form und Ausstattung nachgebaute Polstermöbel in größerem Umfang, zum Teil mit westdeutschen Stoffen bezogen, zu Preisen an Großabnehmer in der Bundesrepublik Deutschland geliefert werden, die unter den Gestehungskosten der heimischen Polsterindustrie liegen, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um solche Dumpinglieferungen im Interesse der Erhaltung der Arbeitsplätze in der Polstermöbelindustrie im Zonenrandgebiet umgehend zu unterbinden, ohne daß betroffene und geschädigte Unternehmen Preisprüfungsunterlagen ausfüllen müssen, mit Daten, über die nicht sie, sondern nur der Zoll beziehungsweise die belieferten Großabnehmer verfügen?
52. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun angesichts der Tatsache, daß mehrere amerikanische Ölkongzerne ihre explosionsartige Gewinnsteigerung im dritten Quartal 1979 (z. B. Exxon plus 118 v. H. gegenüber dem entsprechenden Quartal 1978) auf das Europageschäft und dabei insbesondere auf das Geschäft in der Bundesrepublik Deutschland zurückzuführen?
53. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des amerikanischen Finanzministers William Miller, daß diese über die europäischen Tochtergesellschaften der amerikanischen Ölkongzerne erzielte Gewinnsteigerung eine Sondersteuer für Ölkongzerne notwendig mache, und wird sie in diese Frage mit der amerikanischen Regierung Kontakt aufnehmen?
54. Abgeordneter
Dr. Corterier
(SPD)
- Wird die Bundesregierung, wie angekündigt, vor Ende des Jahres 1979 den Bericht über die Einhaltung des EG-Verhaltenskodex für Unternehmen mit Tochterunternehmen, Filialen und Vertretungen in Südafrika durch deutsche Firmen vorlegen?
55. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Wie wurde vom Bundeswirtschaftsminister das Gutachten der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel ausgewertet und welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

56. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Welche Ausbildungsordnungen sind bisher im landwirtschaftlichen Bereich erlassen worden, und welche stehen noch aus?
57. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Inwieweit sind die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Gemeinschaft Selbstversorger mit Holz, und ist unsere Holzversorgung langfristig gesichert?
58. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung keinen Widerspruch zwischen ihren eigenen Angaben, wonach die dänische Industriefischerei rückläufige Fangmengen aufweise (von 1977 = 1,4 Millionen Tonnen auf 1978 1,3 Millionen Tonnen – vgl. Fragestunde vom 11. Oktober 1979), und den Angaben der Bundesforschungsanstalt für Fischerei gegenüber dem Ernährungsausschuß des Deutschen Bundestages am 1. Oktober 1979 in Hamburg, wonach die Fangmenge von 1977 1,8 Millionen Tonnen auf 1978 1,9 Millionen Tonnen gestiegen ist, und wenn doch, wie erklärt sie diesen Widerspruch?
59. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung auf internationaler Ebene zu unternehmen, um dem bestialischen Massaker, das alljährlich an Zehntausenden von Jungrobben durchgeführt wird, entgegenzutreten?
60. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) Welches ist der Stand der Bearbeitung sowie der Inhalt der von der Bundesregierung auf Grund von § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes zu erlassenden Rechtsverordnung über den Import und Export von Tieren bzw. Teilen von Tieren, bzw. wann ist mit dem Erlaß dieser Rechtsverordnung zu rechnen?
61. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminen-
hof)
(CDU/CSU) Wie ist es nach Ansicht der Bundesregierung zu erklären, daß der Verkauf von Magermilchpulver sowohl aus Interventionsbeständen als auch frisch aus dem Markt zur Verarbeitung in Schweine- und Geflügelmischfutter Mitte Oktober schlagartig ohne jede Ankündigung abgebrochen wurde, nachdem die Mischfutterhersteller in den Vormonaten auf Grund der von der EG-Kommission festgesetzten Verkaufspreise den Eindruck haben mußten, daß auf absehbare Zeit noch genügend Ware zur Verfügung steht und die Verwaltung an einem stärkeren Abfluß von Magermilchpulver interessiert ist?
62. Abgeordneter
Schröder
(Wilhelminen-
hof)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Meinung, daß der abrupte Verkaufsstop mit seinen negativen Folgen auf Grund der raschen Rezepturumstellung durch eine marktkonforme Preispolitik vermeidbar gewesen wäre, und ist die Bundesregierung der Ansicht, daß der schlagartige Verkaufsabbruch nicht in Einklang steht mit den wiederholten Appellen von Minister Ertl an die Mischfutterhersteller, sich stärker als bisher am Abbau des Magermilchpulverüberschusses zu beteiligen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

- | | |
|---|---|
| 63. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung eine Überprüfung des § 16 Abs. 2 der Arbeitszeitordnung vom 30. April 1938 in Verbindung mit Nummer 20 der Ausführungsordnung zur Arbeitszeitordnung vom 12. Dezember 1938 für erforderlich, zumal es bei der derzeit gültigen Fassung möglich sein kann, daß der Berufswunsch einer jungen Frau, das Stukkateurhandwerk zu erlernen, nicht zugelassen wird? |
| 64. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei wörtlicher Auslegung der Arbeitszeitordnung die Tätigkeit der „Putzerin bei Bauten“ mit dem Berufsbild des Stukkateurs nicht identisch ist und deshalb keine Anwendung finden darf, und wenn nein, wird sie eine Initiative zur Änderung dieser Rechtslage ergreifen? |
| 65. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD) | Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Beitragssätze in den einzelnen Krankenkassenarten, aber auch der einzelnen Krankenkassenarten zueinander, eine erhebliche Spannweite haben, die Leistungen dagegen nicht? |
| 66. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung gegebenenfalls, diesem Zustand entgegenzuwirken? |
| 67. Abgeordneter
Sieler
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die Meinung des Arbeitsamts Weiden, wonach Mitgliedern des Verwaltungsausschusses keine Einzelinformationen über Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) an einzelne Unternehmen (wie z. B. Eingliederungsbeihilfen oder Anlernzuschüsse) gegeben werden können? |
| 68. Abgeordneter
Sieler
(SPD) | Haben die Grundsätze der Vertraulichkeit und Neutralität Vorrang vor dem Anspruch auf Information eines Verwaltungsausschußvorsitzenden, und hält die Bundesregierung die Einschränkung des Informationsrechts (§ 191 AFG) eines Mitglieds der Selbstverwaltung für vertretbar? |
| 69. Abgeordneter
Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein
(CDU/CSU) | Zu welchen Ergebnissen hat das im Rahmen des Aktionsprogramms der Bundesregierung zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit vergebene Forschungsvorhaben „Untersuchung zu den Auswirkungen von Wahltarifen in der GKV“ geführt? |
| 70. Abgeordneter
Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein
(CDU/CSU) | Sind im Zusammenhang mit diesem Forschungsvorhaben Modellversuche vorgesehen? |
| 71. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, ob Arbeitnehmern aus Krankheitsgründen gekündigt wird, und wenn ja, welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung zu diesem Problem vor und welche Folgerungen zieht sie daraus? |

72. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Kann die Bundesregierung Angaben dazu machen, wie viele personenbedingte Kündigungen seit 1978 vom Bundesarbeitsgericht sowie allen Landesarbeitsgerichten und Arbeitsgerichten in der Bundesrepublik Deutschland festgestellt worden sind, und in wie vielen Fällen personenbedingte Kündigungen wegen Krankheit ausgesprochen worden waren, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie aus diesen Daten?
73. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Kann die Bundesregierung ferner Angaben dazu machen, in wie vielen Fällen seit 1978 durch das Bundesarbeitsgericht sowie alle Landesarbeitsgerichte und Arbeitsgerichte in der Bundesrepublik Deutschland sogenannte Mischkündigungen festgestellt wurden, das heißt Kündigungen, bei denen neben Krankheitsgründen auch andere Begründungen zur Kündigung abgegeben worden waren, und wenn ja, wie beurteilt sie diese Zahlen?
74. Abgeordnete
Frau Erler
(SPD) Gedenkt die Bundesregierung das von Frankreich vorgeschlagene Abkommen zu treffen, das die Gültigkeit von Kriegsversehrten-Ausweisen, z. B. bei der verbilligten Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, auf der Basis der Gegenseitigkeit in beiden Ländern ermöglicht?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

75. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Um wieviel Prozent ist der Wehretat der Bundesregierungen von 1959 bis 1969 und von 1969 bis 1979 gestiegen?
76. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Bundesregierung Unmut über Ministerpräsident Dr. Albrecht geübt hat, weil er die von den USA geäußerte Kritik über die Nichteinhaltung der 3prozentigen realen Steigerung des Verteidigungshaushalts 1980 öffentlich wiederholt hat, nachdem sie längst auf offiziellem Weg und auch persönlich Bundesverteidigungsminister Dr. Apel durch die USA übermittelt worden waren, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß solche entscheidenden Fragen im Bündnis auch mit Oppositionspolitikern und unter nachträglicher Inanspruchnahme der Öffentlichkeit erörtert werden können?
77. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU) Warum wurde die im Rahmen der Ausbildung für Offizieranwärter bisher bewährte Einzelkämpferausbildung gestrichen und als ein Teil der Vollausbildung in die Offizieranwärterlehrgänge zu Lasten der Ausbildung für die zukünftigen Offiziere gelegt, obwohl dadurch nicht nur die Qualität der Ausbildung erheblich gemindert wurde und diese Ausbildungsversäumnisse nicht nachgeholt werden können?
78. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß in absehbarer Zeit die Einsatzbereitschaft der Panzertruppe auf dem neu eingeführten Leopard II beeinträchtigt ist wie aus einer Darstellung der Zeitschrift „Wehrtechnik“ (Novemberausgabe) hervorgeht, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus in der Ausbildung und Stellenbewertung für die Panzertruppe?

79. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Welche Informationen über Mängel und Unzulänglichkeiten von Bundesbedienstetenwohnungen und Bundesdarlehnswohnungen für Bundeswehrangehörige liegen der Bundesregierung vor?
80. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Auf welche Weise werden bei der Vergabep Praxis von bundeseigenen und Bundesdarlehnswohnungen an Bundeswehrangehörige die individuellen Bedürfnisse und familiären Verhältnisse der Soldaten berücksichtigt?
81. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß in den letzten Tagen in der Bundeswehr oder zumindestens in Teilen derselben eine dienstliche Umfrage durchgeführt worden ist über „die Stimmung in der Truppe“, besonders bei den Betroffenen des sogenannten Verwendungstaus, und wenn ja, hat diese Umfrage die schon vor Jahresfrist im Verteidigungsausschuß vorgebrachte Erkenntnis bestätigt, daß dieses Problem im Interesse des Einsatzwertes der Streitkräfte unverzüglich gelöst werden muß?
82. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der Bundesverteidigungsminister bei einem öffentlichen Vortrag an der Harvard-University vom Ziel der Wiederherstellung der deutschen Einheit abgerückt ist, und sind seine diesbezüglichen Erklärungen in nahtloser Übereinstimmung mit wiederholten Erklärungen des Bundesaußenministers vor den Vereinten Nationen über die Ziele der Politik der Bundesregierung, auf einen Zustand des Friedens hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererringt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

83. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß die Aufstellung von Lautsprecheranlagen mit einer Lautstärke von 120 Phon zu Gesundheitsschädigungen der davon Betroffenen führt, und beabsichtigt die Bundesregierung, im Interesse der Volksgesundheit die Verwendung solcher überdimensionierter Lautsprecheranlagen durch gesetzgeberische Maßnahmen zu unterbinden?
84. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Liegen der Bundesregierung neue Erkenntnisse über den Mißbrauch von Arzneimittelmustern vor, und ist sie bereit, darauf hinzuwirken, daß die Vergabe von Arzneimittelmustern durch die pharmazeutische Industrie stärker als bisher vermindert wird?
85. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß die Einnahme von „Lenotan“ während der Schwangerschaft zu erheblichen Mißbildungen bei Neugeborenen geführt haben kann?

86. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP) Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung für den Fall ziehen, daß sich die Berichte über einen Zusammenhang zwischen der Einnahme von „Lenotan“ durch Schwangere und körperliche Mißbildungen von Neugeborenen bestätigen, und wird sie gegebenenfalls schwangere Frauen vor der Einnahme des Medikaments aufklärend warnen?
87. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung der wesentliche Inhalt der neuen Schweizer Rechtsnorm bekannt, wonach zukünftig in der Schweiz beim Vertrieb von Fetten und Margarine nicht mehr gesundheitsbezogen unter Hinweis auf den angeblich positiven Einfluß der genannten Fette auf den Cholesterinspiegel geworben werden darf, und ist die Bundesregierung bereit, eine gleiche oder ähnliche Rechtsnorm wie in der Schweiz zu erlassen oder den gesetzgebenden Körperschaften der Bundesrepublik Deutschland einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen, durch die gesundheitsbezogene Werbung für Margarine und ähnliche Fette untersagt wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

88. Abgeordneter
Dreyer
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung bei Prüfung der Frage, ob die Überleitung des Postreisedienstes auf die Deutsche Bundesbahn möglich ist, auch — ebenso wie 1973 — in die Betrachtung einbeziehen, daß die bei der Deutschen Bundesbahn zusammengefaßten Linien unter Berücksichtigung der lokalen und regionalen Verkehrsstruktur auf die Verkehrsträger (Deutsche Bundesbahn, nichtbundeseigene Eisenbahnen, private und kommunale Verkehrsunternehmen) so zugeordnet werden, daß sie am kostengünstigsten betrieben werden können?
89. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung inzwischen Erfahrungsberichte über eine mögliche Verwendung des eisenbahngerechten Rollstuhls vor, bzw. was wurde unternommen, um eine eventuell notwendige Weiterentwicklung des Rollstuhls einzuleiten?
90. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD) Welche Folgerungen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der stark befahrenen Bundeswasserstraße Unterelbe zieht die Bundesregierung aus der Kollision eines Frachtschiffes mit einem Tankschiff am 8. Oktober 1979 bei Stade, nach der große Mengen Öl ausliefen und sich auf den südlichen Ufersänden absetzten?
91. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung treffen, damit nach dem Auslaufen großer Ölmengen auf küsten- oder ufernahen Großschiffahrtswegen eine schnelle und wirksame Ölbekämpfung möglich ist?
92. Abgeordneter
Feinendegen
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung im Rahmen der geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der sanitären Einrichtungen an den Bundesautobahnen auch im verstärkten Maße an behinderte Verkehrsteilnehmer denken und zusätzlich entsprechende geeignete Einrichtungen an den Bundesautobahnen schaffen?

93. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, Verkehrszeichen an den Bundesautobahnen dort mit entsprechenden Symbolen oder Hinweisen zu versehen, wo Raststätten, Kioske oder Hotels über behindertengerechte Einrichtungen verfügen?
94. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Welches Ergebnis hat das vom Bundesverkehrsminister durchgeführte Bewertungsverfahren zur Vorbereitung des neuen Bedarfsplans für die Bundesfernstraßen hinsichtlich der Bundesautobahn A 98 zwischen Lindau und Stockach erbracht, und welche vom Bundesverkehrsminister ebenfalls entgegen dem Vorschlag der zuständigen Landesregierung nicht für die erste Dringlichkeit vorgeschlagenen Bundesautobahnstrecken liegen nach dem Ergebnis des Bewertungsverfahrens vor der bezeichneten Strecke der A 98?
95. Abgeordneter
Susset
(CDU/CSU) Welche Ersatzmaßnahmen können nach Ansicht der Bundesregierung für die weggefallene Odenwald-Neckar-Alb-Autobahn (A 45) in der Region Franken eingesetzt werden?
96. Abgeordneter
Susset
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß diese Ersatzmaßnahmen mit den dem Land Baden-Württemberg zur Verfügung gestellten Mitteln für Erweiterungsinvestitionen im Bundesfernstraßenbau (Landesquote 16,2 v. H.) finanziert werden können?
97. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Was wird die Bundesregierung für die Fortschreibung des Bedarfsplanes für die in der Oberpfalz vorgesehenen Projekte an Bundesfernstraßen vorschlagen?
98. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Welche Erwägungen haben die Bundesregierung veranlaßt, den Prototyp des „Schnellen Brüters“ in Kalkar/Niederrhein mit einer Natriumkühlung vom Loop Type zu fördern, obwohl Erfahrungen mit französischen Brutreaktoren für eine Primärkühlung vom Pool Type sprachen?
99. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD) Sind der Bundesregierung alle Versenkungsgebiete von hochgiftigen chemischen Kampfstoffen sowie von Sprengstoffen und Munition bekannt, die während oder nach dem 2. Weltkrieg in Nord- und Ostsee versenkt wurden, und kann ausgeschlossen werden, daß auch in Küstennähe solche Kampfstoffe versenkt wurden, die heute unter Umständen für Menschen gefährlich werden könnten?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

100. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Von welchen Vertretern der Wirtschaft hat sich der Bundeskanzler auf seinen sechs Auslandsreisen begleiten lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

101. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Welche Bedeutung als Instrument einer verfassungskonformen Interpretation der Ostverträge mißt die Bundesregierung der gemeinsamen Entschlie-ßung des Bundestags vom 17. Mai 1972 zu?

102. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Satz aus dem Communiqué nach dem Besuch des Bundesaußenministers in Rumänien, „daß humanitäre Probleme auf der Grundlage ihrer in bilateralen und multilateralen Dokumenten bekräftigten Absichten weiterhin wohlwollend behandelt werden sollen“ angesichts des Rückgangs der Ausreise der Deutschen im Vergleich zum Vorjahr?
103. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU)
- Treffen Presseberichte zu, wonach der chinesische Parteivorsitzende Hua Kuofeng bereit gewesen wäre, auch Berlin zu besuchen, wenn die Bundesregierung ihn dazu aufgefordert hätte?
104. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU)
- Welches waren die Gründe der Bundesregierung, eine entsprechende Einladung zu unterlassen?
105. Abgeordneter
Jäger
(**Wangen**)
(CDU/CSU)
- Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, bei der Vorbereitung des umfangreichen Besuchsprogramms für den chinesischen Ministerpräsidenten Hua Guofeng in der Bundesrepublik Deutschland keinen Besuch in der deutschen Hauptstadt Berlin vorzuschlagen, und hat hierbei Rücksichtnahme auf die sowjetische Regierung eine Rolle gespielt?
106. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Welche diplomatischen Aktivitäten gegenüber der Regierung der UdSSR hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Verbringung des litauischen Sportlers Vladislavas Tschessiounias in die Sowjetunion zwischen dem 4. Oktober 1979 (anonymer Anruf in deutscher Botschaft in Moskau mit dem Hinweis, Tschessiounias sei wieder in Wilna) und dem 11. Oktober 1979 unternommen?
107. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Fordert die Bundesregierung von der Volksrepublik Polen (ähnlich wie von der DDR gemäß Drucksache 8/3188 III A a), daß für die in den Oder-Neiße-Gebieten lebenden deutschen Staatsangehörigen die Gesetzgebung und Verwaltungspraxis in bezug auf Behinderungen und Diskriminierungen wegen nationaler, sprachlicher und politischer Anschauungen in Einklang mit den Rechten des IPBPR gebracht werden, „sei es durch inhaltliche Anpassung, sei es durch Aufhebung entgegenstehender oder den Erlaß neuer Gesetze oder daß eine dem Pakt gemäße Auslegung und Anwendung dieser Gesetze im Einzelfall“ sichergestellt werden muß, damit diese Deutschen „auch tatsächlich in den Genuß der garantierten Rechte kommen könnten“?
108. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, in welchen Ländern Kinder und Jugendliche Opfer von Folterungen geworden sind beziehungsweise als politische Gefangene gehalten oder ermordet wurden, und ist die Bundesregierung bereit, ihren Einfluß geltend zu machen, um Kinder und Jugendliche vor politischem Terror zu schützen?

109. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesaußenminister an den bei den letzten deutsch-französischen Konsultationen bekanntgewordenen Bemühungen um eine Konvention zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, auf deren Grundlage die Pläne von Radio Tele Luxemburg (RTL), die Bundesrepublik Deutschland mit zusätzlichen, kommerziellen Fernsehprogrammen zu versorgen, verhindert werden sollen, beteiligt?
110. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU)
- Ist die luxemburgische Regierung angesichts der europäischen Verflechtungen auf Grund von geltenden Verträgen konsultiert worden, und hat sie den Plänen der Bundesregierung zugestimmt?
111. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU)
- Hat sich die Bundesregierung mit den Problemen beschäftigt, die durch eine immer radikaler werdende Rodung bzw. Vernichtung des noch 4 Millionen Quadratkilometer umfassenden tropischen Regenwaldes im Amazonas-Gebiet entstehen und die auch klimatische Auswirkungen zur Folge haben werden, unter denen die Landwirtschaft und gesamte Ökologie in Europa und der Bundesrepublik Deutschland zu leiden haben werden, und wie gedenkt die Bundesregierung sich in dieser Frage zu verhalten?
112. Abgeordneter
Sauter
(Epfendorf)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung damit einverstanden, wenn, wie aus einem Pressebericht im Bonner Generalanzeiger vom 16. Oktober 1979 hervorgeht, auch das Volkswagenwerk, das 140 000 Hektar tropischen Regenwald kaufte und ihn zur Hälfte niederbrennen will, um eine Viehzucht zu errichten, sich an diesem Raubbau beteiligen und die einheimische Bevölkerung und dort ansässige Siedler rücksichtslos vertreiben will, und wenn nein, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?

**B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

- | | |
|--|--|
| 1. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) | In welchem Umfang und über welche konkreten Leistungen trägt das Bundespresseamt zur finanziellen Rentabilität von DDP bei? |
| 2. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU) | Welchen Inhalt hat der Auslandsvertrag, den das Bundespresseamt mit DDP geschlossen hat, und trifft es zu, daß in diesem Vertrag auch der mit TASS vereinbarte Vertriebsweg angesprochen wird? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|---|---|
| 3. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP) | Teilt die Bundesregierung die Befürchtungen deutscher und südamerikanischer Umweltschützer, daß durch den rücksichtslosen Raubbau des Amazonasgebiets nachteilige Folgewirkungen für die europäische Landwirtschaft und das Weltklima zu befürchten sind? |
| 4. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP) | Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, durch internationale Kontakte auf dieses Problem aufmerksam zu machen, und hält sie Gespräche mit der brasilianischen Regierung und den an der Rodung beteiligten deutschen Firmen für erforderlich? |
| 5. Abgeordneter
Kraus
(CDU/CSU) | Welcher Zeitraum ist zwischen der Übernahme der Flüchtlinge durch das in meiner Frage vom Juli 1979 und der Antwort der Bundesregierung vom 6. August 1979 (Drucksache 8/3148, Nr. 1) angesprochene deutsche Schiff bzw. der Kenntnisnahme dieses Vorgangs durch das Auswärtige Amt und der Abgabe der erwähnten Übernahmeerklärung bzw. der Absetzung der Flüchtlinge durch die Schiffsführung auf den Anambas-Inseln verstrichen? |
| 6. Abgeordneter
Kraus
(CDU/CSU) | Trifft die von Journalisten für diesen Vorgang gewählte Bezeichnung „Hinhaltetaktik des Auswärtigen Amts“ zu, und welche Gründe haben die Bundesregierung gegebenenfalls zu einer so schleppenden Verfahrensweise — wie sie von den Medien kritisiert wird — bewogen, obwohl aus humanitären Gründen eine umgehende Entscheidung zwingend geboten war? |
| 7. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU) | Wieviele deutsche Staatsangehörige sind nach Kenntnis der Bundesregierung zur Zeit wegen politischer Delikte (Fluchthilfe etc.) in der CSSR inhaftiert? |
| 8. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU) | Wieviele hiervon ist ein Prozeß gemacht worden? |

- | | |
|---|--|
| 9. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU) | Welche Schritte hat die Bundesregierung gegenüber der Regierung in Prag jeweils unternommen, um die Freilassung aller aus den genannten Gründen inhaftierten deutschen Staatsangehörigen zu erwirken? |
| 10. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU) | Entsprechen die Schritte gegenüber der CSSR den „besonderen Bemühungen“ der Bundesregierung gegenüber der DDR vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die CSSR-Justiz gegenüber Angehörigen des deutschen Volkes – im Gegensatz etwa zu Engländern oder Dänen – im allgemeinen unnachlässig auf die Verbüßung der verhängten Gesamtstrafe dringt? |
| 11. Abgeordneter
Dr. Narjes
(CDU/CSU) | Ist die Zusammenkunft des Mitgliedes der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Claude Cheysson, Mitte Oktober mit einem Vertreter der Front Polisario mit dem Ministerrat der EG oder mit den Regierungen in der EPZ vorher abgestimmt worden? |
| 12. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) | Welche NATO-Staaten haben außer der Bundesrepublik Deutschland die Annexion der baltischen Staaten durch die UdSSR nicht anerkannt? |
| 13. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) | In welcher Höhe macht Albanien Reparationsansprüche gegenüber der Bundesrepublik Deutschland geltend und sind diese gerechtfertigt? |
| 14. Abgeordneter
Bahner
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung willens und in der Lage, positiv darauf einzuwirken, daß das von Hua Guofeng in Aussicht gestellte Geschenk an die deutsche Bevölkerung – nämlich die beiden Panda-Bären – als politische Geste gegenüber Berlin und den Berlinern dem Berliner Zoo übergeben wird? |
| 15. Abgeordneter
Bahner
(CDU/CSU) | Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung Wert darauf gelegt, daß Rotchinas Partei- und Regierungschef Hua Guofeng nicht die Gelegenheit erhielt, Berlin zu besuchen? |
| 16. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) | Warum hat die Bundesregierung dem chinesischen Ministerpräsidenten Hua Guofeng bei der Vorbereitung seines Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland von einem Abstecher nach Berlin abgeraten, und was sonst bedeutet die diesbezügliche Aussage der chinesischen Delegation, unter Chinesen sei es üblich, den Wunsch des Gastes hinter den des Gastgebers zu stellen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|---|---|
| 17. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung die Tatsache bekannt, daß sich wegen der Regelung des § 40 Abs. 2 Nr. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes Ungerechtigkeiten dann ergeben, wenn beide Ehegatten im öffentlichen Dienst tätig waren, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um diese Ungerechtigkeiten zu beseitigen? |
| 18. Abgeordneter
Dr. Müller-Emmert
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es im Interesse aller Beteiligten und der guten Sportbeziehungen zur UdSSR liegt, daß der Verbleib des sowjetischen Sportler Vladislavas Tschessiounias baldmöglichst aufgeklärt wird? |

19. Abgeordneter
Simpfendörfer
(SPD)
- Treffen Klagen der Badischen Sportjugend zu, wonach Sonderurlaub für Mitarbeiter in der Jugendpflege und Jugendwohlfahrt bei verschiedenen öffentlichen Arbeitgebern des Bundes – insbesondere Bundesbahn und Bundespost – im Gegensatz zu früher neuerdings sehr viel restriktiver gewährt wird, so daß in enger Auslegung der Rechtsgrundlage in der Regel statt früher zwölf heute nur noch drei Tage Sonderurlaub bewilligt werden, und worauf ist diese veränderte Handhabung gegebenenfalls zurückzuführen?
20. Abgeordneter
Simpfendörfer
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit dafür einzutreten, daß die Genehmigung von Sonderurlaub für Mitarbeiter in der Jugendpflege und Jugendwohlfahrt wieder großzügiger gehandhabt wird?
21. Abgeordneter
Baron von Wrangel
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der letzten Zeit immer mehr Ausländer – insbesondere aus Indien, Pakistan und Ghana – ausweislich der Paßstempel über die DDR und Ost-Berlin illegal nach Norddeutschland kommen, um dort ungerechtfertigte Asylanträge zu stellen, und welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu treffen, um im Interesse der wirklichen Asylbewerber diesen die Städte und Gemeinden schwer belastenden illegalen Ausländerzustrom zu unterbinden, und ist sie bereit, dieses Problem auch gegenüber der DDR anzusprechen?
22. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen, daß der Beginn und das Ende der Sommerzeit in den europäischen Ländern vereinheitlicht werden können, und welche diesbezüglichen Anstrengungen hat die Bundesregierung bisher unternommen?
23. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Gibt es nach Kenntnis des Bundesministers im Verantwortungsbereich der Bundesregierung sogenannte „Rosa Listen“ – Listen oder Dateien, in denen Homosexuelle wegen ihrer Veranlagung verzeichnet sind –, und wenn nein, welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für notwendig, um anders lautenden Behauptungen entgegenzutreten?
24. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Ist der Bundesregierung das Gutachten von Professor Ulrich (Universität Göttingen) „Deposition von Luftverunreinigungen und ihre Auswirkungen in Waldökosystemen im Solling“ bekannt, und welche Konsequenzen für die Umweltschutzpolitik der Bundesregierung gedenkt der zuständige Bundesminister daraus zu ziehen?
25. Abgeordneter
Dr. Haussmann
(FDP)
- Gibt es eine Vorschrift des Bundesrechts, wonach von einem deutschen Staatsangehörigen, der von seinem Landratsamt bzw. seinem Regierungspräsidium Auskunft erbittet über die Möglichkeit einer doppelten Staatsangehörigkeit, Gebühren verlangt werden können oder müssen, und wenn ja, um welche Vorschrift handelt es sich, und denkt die Bundesregierung daran sie zu ändern?
26. Abgeordneter
Dr. Todenhöfer
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die sowjetische Nachrichtenagentur TASS von ihrem Charakter her nicht mit den westlichen Nachrichtenagenturen vergleichbar ist und daß insbesondere TASS auch als Instrument der sowjeti-

- schen Propaganda dient, und wie beurteilt die Bundesregierung — vor dem Hintergrund ihrer Einschätzung der Aufgabenstellung von TASS — das Kooperationsabkommen zwischen DDP und TASS, in dem das DDP-Netz in der Bundesrepublik Deutschland für die Verbreitung von TASS-Meldungen zur Verfügung gestellt wird?
27. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- Treffen Informationen zu, denenzufolge in der gemeinsamen Grenzkommission mit der DDR erst nach der Bundestagswahl im Oktober 1980 erneut über die ungeklärte Frage der Grenzmarkierung an der Elbe verhandelt werden soll, und wenn ja, welche Gründe haben die Bundesregierung zu dieser Zeitplanung veranlaßt?
28. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU)
- Mit welchen Zielvorstellungen geht die Bundesregierung in dieser Frage in die entsprechenden Beratungen der Grenzkommission?
29. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die Kosten für CA-Nachkuren bei Beamten und Versorgungsempfängern, die durch das 20. Rentenanpassungsgesetz von der Gewährung von Rehabilitationsleistungen ausgeschlossen sind, zu übernehmen, und wann ist mit einer entsprechenden Regelung zu rechnen?
30. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit und mittlerweile auch in der Lage, über die vor kurzem gemeldeten Fabrikationsfehler (Rissbildungen) an wichtigen Komponenten französischer Atomkraftwerke — die nach vorliegenden Informationen bereits innerhalb von drei bis sechs Jahren zu einem Versagen führen können — zuverlässig zu informieren?
31. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
- Werden nach Ansicht der Bundesregierung die in der Antwort auf meine früheren Fragen in diesem Zusammenhang (19, 20, 21 — Drucksache 8/3168 vom 13. September 1979) gegebenen Informationen den Tatsachen und den Sicherheitsinteressen der Öffentlichkeit gerecht?
32. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß bei Versetzung in den einstweiligen Ruhestand ein strengerer Maßstab als bisher angelegt wird mit dem Ziel, daß die Versetzungen von Beamten in den einstweiligen Ruhestand auf wenige Fälle beschränkt werden?
33. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob und gegebenenfalls welche Beamte im einstweiligen Ruhestand wieder beschäftigt werden können, gegebenenfalls auf vergleichbaren Dienstposten in anderen Ressorts oder Behörden?
34. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt — und wenn ja, seit wann — ob bei derartigen Prozessen (Fluchthilfe etc.) in der CSSR gegen deutsche und österreichische Staatsangehörige nachrichtendienstlich gewonnene Erkenntnisse aus westdeutschen Behörden gegen die Beschuldigten verwandt wurden?

35. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen hat gegebenenfalls die Bundesregierung daraufhin unternommen, um mögliche Gefährdungen abzuwenden und eingetretenen Schaden zu mindern?
36. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor – und wenn ja, seit wann, daß Befragungsergebnisse oder sonstige Erkenntnisse aus dem Bereich des Bundes oder einzelner Länder über Flüchtlinge, Fluchtwege und Fluchthelfer an Staaten des Ostblocks gelangt sind?
37. Abgeordneter
Krey
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in vielen Fällen Ausländer, die nach der Heirat mit einem Deutschen entsprechend dem neuen Namensrecht den Namen des Ehepartners übernehmen, Schwierigkeiten haben, weil ihre Herkunftsländer den Namenswechsel nicht anerkennen, und welche Schritte werden unternommen, um zu einem einheitlichen europäischen Namensrecht zu gelangen?
38. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die zunehmende Verlandung des Bodensees durch Ablagerungen von Sand und Schlamm an der Rheinmündung, und welche Maßnahmen sollten nach ihrer Meinung getroffen werden, um bedrohliche Entwicklungen zu verhindern?
39. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den Einsatz des *Bacillushuringiensis israelensis* gegen die Stechmücken des Rheintals, der vom Zoologen Wolfgang Schnetter von der Universität Heidelberg vorbereitet wird, und trifft es zu, daß es sich hierbei um ein umweltfreundliches Schnakenbekämpfungsmittel handelt?
40. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Sind Presseinformationen über die vor kurzem in Köln durchgeführte 20. Tagung der „Gesellschaft für die gesamte Kriminologie“ zutreffend, daß jedes Jahr 500 bis 1000 Morde in der Bundesrepublik Deutschland unerkannt bleiben, und daß ein Teil der Opfer in den Kriminalakten als vermißt geführt werden, und wie beurteilt gegebenenfalls die Bundesregierung diesen Sachverhalt?
41. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die durch Großdeponien ausgelösten Gefahren für die Umwelt durch Gase, die sich im Untergrund entwickeln, und durch mit Schadstoffen verseuchtes Sickerwasser, auf die durch Fachkongresse immer wieder nachdrücklich hingewiesen wird, und wie kann man diesen Gefahren im Verantwortungsbereich des Bundes wirkungsvoll begegnen?
42. Abgeordneter
Bahner
(CDU/CSU) In welchem jeweiligen Umfang sind bei einzelnen in Berlin residierenden Bundesbehörden Mitarbeiter in Bonn bzw. der übrigen Bundesrepublik Deutschland tätig, obwohl sie personalmäßig bzw. statistisch in Berlin geführt werden?
43. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Wann ist mit der seit etwa einem Jahr erwarteten Entscheidung der Bundesregierung bezüglich des Standorts der Katastrophenschutzschule Baden-Württemberg zu rechnen, und ist die Bundesregierung insbesondere bereit, dem Verkaufsangebot der Gemeinde Neuhausen auf den Fildern bezüglich des bisherigen Schulgebäudes zu entsprechen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

44. Abgeordneter
**Dr. Müller-
Emmert**
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Inhalt der dpa-Meldung vom 11. Oktober 1979, nach der der sowjetische Kanu-Olympiasieger von 1972 Vladislav Tscheschiounias, nach seiner Entscheidung, in der Bundesrepublik Deutschland zu leben, gegen seinen Willen in die UdSSR zurückgebracht worden sein soll?
45. Abgeordneter
Möllemann
(FDP) Treffen Presseberichte zu, wonach der israelische Geheimdienst in deutschen Gefängnissen einsitzende Palästinenser verhört und einen von ihnen sogar gezwungen haben soll, einen Mordauftrag zu übernehmen, und wer trägt, wenn die Berichte zutreffen, für diesen Vorgang die Verantwortung?
46. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Trifft es zu, daß der wegen Verunglimpfung des Widerstandskämpfers Dietrich Bonhoeffer und wegen anderer rechtsradikaler Straftaten vom Oberlandesgericht Frankfurt (Main) rechtskräftig verurteilte und flüchtige Manfred Roeder auf Grund eines Interpol-Haftbefehls am 11. Oktober 1979 in Reiden, Kanton Luzern (Schweiz), festgenommen wurde, jedoch nicht an die Bundesrepublik Deutschland ausgeliefert werden konnte, weil der erste Auslieferungsantrag der Bundesanwaltschaft unzureichend war und Roeder bei Vorlage des zweiten Auslieferungsantrags am 12. Oktober 1979 von den schweizerischen Behörden bereits wieder über die Grenze nach Österreich abgeschoben worden war?
47. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Aus welchen Gründen war der erste Auslieferungsantrag unzureichend, und wie können solche Vorgänge in Zukunft vermieden werden?
48. Abgeordneter
Wolfgramm
(Göttingen)
(FDP) Treffen Pressemeldungen zu, wonach der ehemalige Chefarzt des Marienhospitals in Erfstadt-Frauenthal trotz jahrzehntelangem leichtfertigen Umgangs mit Radium wegen eines Verstoßes gegen das Atomgesetz und die Strahlenschutzverordnung strafrechtlich nicht belangt werden kann, da nach § 311 a StGB die fahrlässige und sogar grob fahrlässige Mißachtung der Vorschriften nicht unter Strafe steht, und ist die Bundesregierung bereit, angesichts der im Fall Erfstadt-Frauenthal deutlich gewordenen Lücke den § 311 a StGB dahin gehend zu ändern, daß in Zukunft auch der fahrlässige Umgang mit derart gefährlichen Stoffen unter Strafe gestellt wird?
49. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Welche Tatsachen müssen nach Auffassung der Bundesregierung und der Rechtsprechung vorliegen, um den Tatbestand des Völkermordes nach Artikel II E der Völkermordkonvention der Vereinten Nationen und im Sinne von § 220 a Nr. 5 StGB zu erfüllen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

50. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, in welcher Höhe die VEBA in den letzten vier Jahren Geldmittel für Fusionen ausgegeben hat?

51. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Warum lehnt die Bundesregierung die Auffassung ab, eine Nichtgewährung von 320 Millionen DM im Nachtragshaushalt hätte die VEBA zu einer Überprüfung ihrer Aufkaufpolitik und Setzung anderer Prioritäten bei der Expansion gezwungen?
52. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch die Aufhebung der Abgabe von steuerbegünstigtem Dieseltreibstoff für Wasser- und Luftsportfahrzeuge einseitig Tatsachen geschaffen sind, die die anstehende, EG-einheitliche Regelung auf diesem Sektor stark erschweren werden und daß auf Grund dieser Entscheidung der Dieselpreis in der Bundesrepublik Deutschland im europäischen Vergleich der höchste sein wird?
53. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Halter von Wasser- und Luftsportfahrzeugen über die Mehrabgabe das von ihren Fahrzeugen nicht benutzte Straßenverkehrsnetz mitfinanzieren müssen, da die Mineralölsteuerabgaben weitgehend für Bundesfernstraßen, Bundesautobahnen und den öffentlichen Personennahverkehr verwendet werden?
54. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Firma Fiduciaria Transatlántica Alemana in Paraguay, die von der paraguayischen Zeitschrift abc schwerer Verstöße gegen die dort geltende Gesetzgebung beschuldigt wird, im Rahmen des Entwicklungsländersteuergesetzes gefördert wird?
55. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Verstößt diese Firma gegebenenfalls durch ihren Bruch paraguayischer Vorschriften gegen Richtlinien im Zusammenhang mit der Förderung ihrer Aktivitäten im Rahmen des Entwicklungsländersteuergesetzes?
56. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Kann der Bruch von Vorschriften in Entwicklungsländern, in denen deutsche Investoren tätig sind, durch Entzug der Förderung im Rahmen des Entwicklungsländersteuergesetzes geahndet werden?
57. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, durch die nun vorgesehene Statistik im Rahmen des novellierten Entwicklungsländersteuergesetzes über das Verhalten deutscher Firmen in Entwicklungsländern einen besseren Überblick und Möglichkeiten für Sanktionsmaßnahmen zu erhalten?
58. Abgeordneter
Seefeld
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß beim Abschleppen von defekten Kraftfahrzeugen durch deutsche Abschleppunternehmen in Frankreich die französischen Zollbehörden ein Carnet A. T. A. verlangen und daß dadurch den betroffenen Firmen im grenznahen Raum unverhältnismäßig hohe Kosten entstehen, und wenn ja, welche Veränderungen ist sie bereit, zur Verbesserung der bestehenden Situation, umgehend mit Frankreich zu vereinbaren, und ist beabsichtigt, eine EG-einheitliche Lösung dieses Problems anzustreben?
59. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung bereits Überlegungen angestellt, welche Verwendung die Liegenschaften in Stohl bei Kiel nach einer Verlegung des Fraunhoferinstituts für naturwissenschaftlich-technische Trendanalysen von Stohl nach Nordrhein-Westfalen finden sollen, wird der Bund diese Liegenschaften veräußern oder behalten?

60. Abgeordneter
Wimmer
(**Mönchengladbach**)
(CDU/CSU)
- Wem ist das Gelände, auf dem sich das Nato-Hauptquartier Rheindahlen zusammen mit dem Hauptquartier der Rheinarmee befindet über die umfriedeten Teile hinaus zu welcher Nutzung ausschließlich überlassen worden, und sind damit gleichzeitig Rechte übertragen worden, die mit dem eigentlichen Nutzungszweck nicht in Zusammenhang stehen?
61. Abgeordneter
Wimmer
(**Mönchengladbach**)
(CDU/CSU)
- Auf welche Rechte im einzelnen hat die Bundesrepublik Deutschland bei der Benutzung des Geländes „Hauptquartier Mönchengladbach“ welchen Vertragspartnern gegenüber verzichtet, und fällt unter diesen Verzicht auch das sich aus der isoliert anwendbaren Verordnung über die Benennung von Straßen, Brücken und Plätzen vom 1. April 1939 (RGBl. I S. 703) ergebene Recht, Straßenbenennungen in deutscher Zuständigkeit vorzunehmen?
62. Abgeordneter
Dr. Hoffacker
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, im Rahmen des Einkommensteuergesetzes (§ 10 b EStG) die Aufwendungen für Zwecke der Entwicklungshilfe als zusätzliche Kategorie zu den Aufwendungen für mildtätige, kirchliche und religiöse wie z. B. die Abzugsfähigkeit für wissenschaftliche und staatspolitische Zwecke als Sonderausgaben steuerlich abzugsfähig zu machen?
63. Abgeordneter
Dr. Hoffacker
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, die Abzugsfähigkeit für das Hilfswerk Misereor im Rahmen von § 10 b Abs. 1 EStG über den bisherigen Prozentsatz von 5 v. H. des Gesamtbetrags der Einkünfte hinaus quantitativ zu erweitern?
64. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die bisherigen Verwaltungsmaßnahmen zu Gunsten der „Berufskraftfahrer“ nicht ausreichen, diese vor ungerechtfertigten steuerlichen Nachteilen hinsichtlich der ihnen tatsächlich entstehenden Vermehrungsmehraufwendungen zu bewahren?
65. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die bisher getroffene Regelung zu erweitern und dabei den Vorschlag der Bundesverbände des deutschen Güterkraftverkehrs in Frankfurt zu berücksichtigen, und wann wird dies gegebenenfalls geschehen?
66. Abgeordneter
Becker
(**Nienberge**)
(SPD)
- In welcher Form ist sichergestellt, daß die bisherige einwandfreie und anerkannte Bearbeitung und Verwaltung durch die Lastenausgleichsbank von der Geschäftsstelle der Stiftung fortgeführt wird, nachdem den Kreditinstituten in der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt worden ist, daß die Bearbeitung von Darlehnsanträgen der Heimkehrerstiftung ab 1. September 1979 und die Darlehnsverwaltung ab 1. Januar 1980 von der Lastenausgleichsbank auf die Geschäftsstelle der Heimkehrerstiftung übergehen?
67. Abgeordneter
Becker
(**Nienberge**)
(SPD)
- Wie hoch werden die voraussichtlichen Einsparungen oder Mehraufwendungen bei den Verwaltungskosten nach Übernahme der Tätigkeiten durch die Geschäftsstelle im Verhältnis zu den Verwaltungskosten der Lastenausgleichsbank sein?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

68. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeit, eine Verbraucheraufklärung/beratung über rationelle Energieeinsparungen im häuslichen Bereich durch die Verbraucherzentralen mit Unterstützung der zuständigen Bundesministerien durchführen zu lassen?
69. Abgeordneter
Amrehn
(CDU/CSU) Weshalb glaubt die Bundesregierung bei ihren Maßnahmen zur Einsparung von Energie in Mehrfamilienmiet- und -eigentumshäusern statt eines Appells an Vernunft und Selbsteinschränkung des mündigen Bürgers mit gesetzlichem Zwang vorgehen und in bestehende Verträge sowie grundbuchlich gesicherte Rechte eingreifen zu müssen, während sie in anderen Bereichen das Prinzip der Freiwilligkeit hochhält und mit Recht nicht an bindende Vorschriften zur Eindämmung des Verbrauchs beispielsweise im Autoverkehr denkt?
70. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD) Auf welchem Weg will die Bundesregierung erreichen, daß Gemeinden und Städte Energieversorgungspläne aufstellen, und welche rechtlichen Grundlagen stehen für diese Planungen zur Verfügung bzw. sollen geschaffen werden?
71. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD) Nach welchen Kriterien und mit welchen Zielen sollen solche Versorgungspläne aufgestellt werden?
72. Abgeordneter
Lenders
(SPD) Welche Gründe waren maßgeblich dafür, der Stadt Adenau die Einstufung als C-Schwerpunkt in den Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur zu entziehen, und wer hat die Streichung beantragt?
73. Abgeordneter
Lenders
(SPD) Wie ist der Erfolg der Förderungsmaßnahmen, insbesondere bei noch nicht abgeschlossenen Vorhaben zu bewerten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

74. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, Normen für die Käfighaltung von Hühnern aufzustellen, die durch freiwillige Verpflichtung und freiwillige Kontrolle der Hühnerhalter angewendet und in der Werbung dieser Betriebe entsprechend herausgestellt werden könnten?
75. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Welche Gründe veranlassen die Bundesregierung, im jährlichen Agrarbericht immer nur das Durchschnittseinkommen einer Familienarbeitskraft, sowie das Durchschnittseinkommen im oberen und unteren Viertel der Vollerwerbsbetriebe auszuweisen und nicht die gleichen Berechnungen für jedes der vier Viertel zu veröffentlichen, und ist die Bundesregierung bereit, im Interesse einer besseren Transparenz der agrarstrukturellen Zusammenhänge dies ab dem nächsten Agrarbericht zu berücksichtigen?

76. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie vielen landwirtschaftlichen Erwerbspersonen kann das derzeit in der Bundesrepublik Deutschland erwirtschaftete Reineinkommen das adäquate bzw. paritätische Einkommen sichern, und welcher Teil des landwirtschaftlichen Reineinkommens entfällt auf die aus Teilzeit- und Freizeitstunden theoretisch errechneten Arbeitskräfteeinheiten?
77. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Sind aus der jüngsten DM-Aufwertung tatsächlich für die deutsche Landwirtschaft insgesamt Verluste von mindestens 500 Millionen DM errechnet worden, und würde man sich bei einer erneuten Aufwertung um 20 v. H. „wieder auf Kosten der Bauern den Grenzausgleich sparen“, wie der bayrische Staatsminister Dr. Eisenmann im „Bayern Kurier“ vom 6. Oktober 1979 meint?
78. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Sind die Bauern bei jährlichen Agrarpreisverhandlungen tatsächlich dem Diktat eines imaginären Währungskorbs ausgeliefert, über dem dann vergessen wird, daß es um das Einkommen der bäuerlichen Familien, deren Lebensgestaltung und Lebensstandard geht, wie es in dem bereits aufgeführten Artikel heißt?
79. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Hat sich Bundesminister Ertl im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung des Tierschutzes auf internationaler Ebene bei seinem letzten Besuch in Spanien gegen den in diesem Land praktizierten Stierkampf ausgesprochen, so wie es Mitglieder anderer Regierungen bereits getan haben, und wenn ja, welches Ergebnis hatten diese Gespräche?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

80. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, das Modellvorhaben „Verbesserung der Schwangerenvorsorge und Nachbetreuung von Neugeborenen“ in Bremen durch vergleichende Modellvorhaben in Regionen mit besonders hohen Säuglingssterbeziffern wissenschaftlich zu erhärten, damit auf der Basis umfassender Daten möglichst bald die vergleichsweise hohe Sterblichkeit von Kindern im ersten Lebensjahr in der Bundesrepublik Deutschland auf diesem, wie Beispiele aus Nachbarländern zeigen, erfolgversprechenden Weg gemindert werden kann?
81. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß sich Frauen wegen der geltenden Bestimmungen der Arbeitszeitordnung nicht als Stukkateurin ausbilden lassen können (siehe Bericht der Rheinischen Post vom 11. Oktober 1979), und wenn ja, was spricht gegen eine Änderung der Arbeitszeitordnung zugunsten des Rechts der Frauen, auch diesen Beruf wählen zu können?
82. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD) Kann die von den Betroffenen durchweg begrüßte Absicht der Bundesregierung, durch ein Gesetz über die Sozialversicherung der selbständigen Künstler und Publizisten (Künstlersozialversicherungsgesetz) deren bislang nicht zureichende soziale Sicherung zu regeln, kleine Galerien, Buchverlage und Musikproduzenten möglicherweise auf Grund der „Künstlersozialabgabe“ in ihrer Existenz gefährden?

83. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD) Ist schon die Überlegung angestellt worden, die „Künstlersozialabgabe“ gegebenenfalls erst ab einer bestimmten Jahresumsatzsumme – etwa 12000 DM – in Kraft treten zu lassen, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
84. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, den zuständigen „Hauptausschuß“ mit der Frage der Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen für Angehörige der sogenannten Jugendreligionen zu befassen?
85. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Sind Meldungen zutreffend, nach denen der Parlamentarische Staatssekretär Buschfort die Lizenzfußballspieler bei Bundesligavereinen aufgefordert hat, trotz juristischer Schwierigkeiten Betriebsräte zu wählen, um sich so gegen eine Behinderung der beruflichen Mobilität durch zu hohe Ablösesummen zur Wehr setzen zu können, wenn ja, inwieweit sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der Forderung nach einem Betriebsrat und niedrigeren Ablösesummen?
86. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen bzw. gedenkt sie zu ergreifen, um den sogenannten „Menschenhandel“ durch Verleiherfirmen im Baugewerbe endgültig zu unterbinden, und wird die Bundesregierung bei der Abwägung der Rechtsinteressen den Schutz des einzelnen Arbeitnehmers vor Ausbeutung höher bewerten, als das eigennützige Wirtschaftsinteresse Weniger?
87. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie wurde vom Bundeskanzleramt das Gutachten der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel ausgewertet, und welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?
88. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie wurde vom Bundesarbeitsminister das Gutachten der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel ausgewertet, und welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?
89. Abgeordneter
Pohlmann
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie viele nichtversicherungspflichtige Selbständige in der gesetzlichen Rentenversicherung freiwillig versichert sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

90. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Auf welcher Grundlage ist das Sperrgebiet, das von der Bundeswehr in der Meldorfer Bucht zur Waffen-erprobung in Anspruch genommen wird, um die Warngelände II und III erweitert worden, und welche Behörden des Bundes, des Landes und der Gemeinden waren an dem Verfahren zur Erweiterung beteiligt?
91. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Inwieweit sind die Vertreter der Schifffahrt, der Fischerei, des Fremdenverkehrsverbands und der Umweltverbände mit in die Beratung einbezogen, und wie sind die Vorschriften, insbesondere des Lärmschutzgesetzes als auch des Wasserhaushaltsgesetzes sowie anderer infragekommender Gesetze, gewahrt worden?

92. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP)
- Ist es überhaupt, z. B. auch bei Ebbe, möglich, in der Meldorfer Bucht ein Clear-Range-Verfahren durchzuführen, und wie ist zu erklären, daß beim ersten Übungsschießen Clear-Range gegeben wurde, obwohl sich offensichtlich noch ein Boot innerhalb der Gefahrenzone befand?
93. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP)
- Ist geplant, aus den Warngeländen II und III Sperrgelände zu machen, sobald sich herausstellt, daß das Clear-Range-Verfahren nicht ständig erfüllt werden kann?
94. Abgeordneter
Handlos
(CDU/CSU)
- Sind nach Ansicht der Bundesregierung die Konsultationen zwischen den militärischen Hauptquartieren der europäischen Mitglieder des NATO-Bündnisses intensiv genug, um Übereinstimmung über gemeinsame Spezifikationen für militärische Ausrüstung sowie über die Planung zukünftiger Bewaffnungssysteme erzielen zu können, was zur Organisation einer gemeinsamen Rüstungsproduktion auf europäischer Basis führen könnte?
95. Abgeordneter
Handlos
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung in dieser Hinsicht die Arbeitsergebnisse von FINABEL, der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe und des Ständigen Rüstungsausschusses?
96. Abgeordneter
**Dr.-Ing.
Oldenstädt**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß eine stationäre Behandlung von erkrankten Soldaten grundsätzlich nur noch in Bundeswehrkrankenhäusern erfolgen darf, und stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß es bei größeren Entfernungen zwischen Familienwohnort und Bundeswehrkrankenhaus sinnvoll wäre, wenn bei gleichen medizinischen Betreuungsmöglichkeiten auf Antrag die Einweisung von Familienvätern in ein ziviles, wohnortnahes Krankenhaus erfolgt, um auf diese Weise die positive psychologische Wirkung einer Behandlung in Heimatnähe mit einer Verringerung der finanziellen Belastung zu verbinden, die der Familie durch Besuchsreisen entsteht?
97. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß bei der Bundeswehr für 1980 Benzineinsparungen bis zu 20 v. H. gegenüber den bisherigen Zuweisungen vorgesehen sind, und – falls ja – geht die Bundesregierung davon aus, daß die Ausbildungsziele bei den motorisierten und gepanzerten Verbänden trotzdem erreicht werden können?
98. Abgeordneter
Möhring
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Bundeswehrbereich des Fernmeldesektors B in Dannenberg einen längeren, parteipolitisch gefärbten Brief (versehen mit angefügter Empfehlung eines sehr namhaften Landespolitikers) des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) erhalten hat, in welchem davon die Rede ist, daß „Sozialisten an den Hochschulen unsere Freiheit angreifen“, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, parteipolitisch-polemischen Einfluß dieser Art von unseren Soldaten der Bundeswehr fernzuhalten, um sie nicht innerhalb der Kasernen harter Parteienkonfrontation auszusetzen?
99. Abgeordneter
Dreyer
(CDU/CSU)
- Wie groß ist der Wahrheitsgehalt von Veröffentlichungen in der Zeitschrift: „Bundeswehr aktuell“?

- | | |
|---|--|
| 100. Abgeordneter
Dreyer
(CDU/CSU) | Zu welchem Termin fand die Einweihung einer neuen Brücke über die Otter, über die unter der Überschrift: „Großes Reinemachen“ in „Bundeswehr aktuell“, Nr. 15/174, vom 11. September 1979, berichtet wurde, statt? |
| 101. Abgeordneter
Dreyer
(CDU/CSU) | Wer hat die Einladungen zur Einweihung an meinen Kollegen Dr. Schwenk und den Bürgermeister der Gemeinde Farven-Byhusen, Klaus Tietjen, dem von dieser Einweihung nichts bekannt ist, ausgesprochen? |
| 102. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Regierungen von Italien und Großbritannien im Rahmen der NATO-Standardisierung beabsichtigen, die für das MRCA „Tornado“ entwickelten Bombenschlösser (sogenannten MACE-Schlösser) durch „PRATZEN-Schlösser“ zu ersetzen, und wie bewertet die Bundesregierung diese Bemühungen um Standardisierung und welche Haltung wird sie hier einnehmen? |
| 103. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) | Beinhalten die in den vorliegenden Unterlagen zum Einzelplan 14 des Bundeshaushalts 1980 ausgeworfenen Kosten sämtliche durch diese Umrüstung verursachten Kosten, so z. B. Duplizierung von Waffen, Zertifizierungs- und Flugerprobungskosten? |
| 104. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) | Seit wann besteht die Forderung der NATO zur Standardisierung dieser Bombenschlösser, und wie begründet die Bundesregierung dann die Fortführung der Entwicklung der „MACE“-Schlösser über den jetzigen Zeitpunkt hinaus? |
| 105. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU) | Welche Gründe führt die Bundesregierung dafür an, daß im Jahr 1979 ein Rückgang der Anzahl von Offizieren zu verzeichnen ist und die Truppe nunmehr aufgefordert werden mußte, verstärkt durch Werbemaßnahmen eine höhere Anzahl von Offiziersbewerbern zu verpflichten, um das drohende Defizit ausgleichen zu können? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

- | | |
|---|---|
| 106. Abgeordneter
Würtz
(SPD) | Sind dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit Untersuchungen über den Cadmiumgehalt in Wiesenchampignons bekannt, bzw. hat es durch das Bundesgesundheitsamt entsprechende Untersuchungen durchführen lassen, und wenn ja, trifft es in diesem Zusammenhang zu, daß die durch die Weltgesundheitsbehörde (WHO) festgelegte Obergrenze der Unschädlichkeit mehrfach überschritten wurde? |
| 107. Abgeordneter
Bindig
(SPD) | Kann die Bundesregierung zahlenmäßige Angaben machen über das derzeitige Ausmaß an Jugendalkoholismus in Baden-Württemberg im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet und im Vergleich zum Zeitraum vor fünf Jahren? |

108. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß von Jugendlichen in Gaststätten alkoholhaltige Getränke wie Bier bevorzugt konsumiert werden, anstelle der in Gaststätten teureren aber alkoholfreien Getränke, und welche Haltung nimmt die Bundesregierung angesichts dieser Situation ein, gegenüber der zum Teil von der Gastronomie aufgestellten Forderung, eine Verbilligung alkoholfreier Getränke an die Voraussetzung zu knüpfen, daß gastronomische Betriebe, zum Ausgleich, künftig nur mit dem halben Mehrwertsteuersatz belastet werden sollen?
109. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß bei den drei bisher von dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit in Zusammenarbeit mit den WHO Regional Office für Eastern Mediterranean abgehaltenen Seminaren zum Thema „Pharmaceutical Inspection“ (Themen u. a.: GMP gemäß Produktion von Arzneimitteln, Kontrolle der Arzneimittelsysteme, Zulassung von Arzneimitteln u. a.) Vertreter von Firmen, die überwiegend und ausschließlich OTC-Produkte herstellen, nicht geladen waren, und wenn ja, gedenkt die Bundesregierung dies zu ändern?
110. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Worin liegen gegebenenfalls die Gründe für die Nichtberücksichtigung dieser Firmen, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei ständiger Nichtberücksichtigung dieser Firmen bei ausländischen Seminarteilnehmern der Eindruck entstehen kann, daß diese Firmen nicht dem zu demonstrierenden Standard entsprechen?
111. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für vereinbar mit ihrer Informationspflicht gegenüber dem Parlament, daß der vollständige Text der Antwort auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu den Grundproblemen der Bevölkerungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland bereits vor der Sitzung des Bundeskabinetts am 24. Oktober 1979, in der sie beschlossen wurde, an ausgewählte Journalisten verteilt wurde, die Zuleitung an den Deutschen Bundestag aber erst am 26. Oktober 1979 erfolgte und eine Bitte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 25. Oktober 1979 auf Aushändigung eines Exemplares der Antwort abschlägig beschieden wurde?
112. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Ausführungen des Regierungssprechers Klaus Bölling, der in Kenntnis der vorherigen Information der Presse in der Bundespressekonferenz am 24. Oktober 1979 nach der Kabinettsitzung sinngemäß erklärt hat, die Achtung vor dem Parlament hindere die Bundesregierung daran, die Antwort vor der Zuleitung an den Deutschen Bundestag der Öffentlichkeit zugänglich zu machen?
113. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Wie gliedern sich seit dem 21. Juni 1976 die Zahlen der Schwangerschaftsabbrüche nach den einzelnen Indikationen und jährlich auf?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

- | | |
|--|--|
| 114. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung Informationen, daß die CSSR in den nächsten Jahren den Bau der Autobahn von Prag zur deutschen Grenze nach Waidhaus plant, und wird sie in diesem Fall für die umgehende Herstellung des Anschlusses auf der deutschen Seite durch den Bau der Autobahn von Amberg-Pfreimd-Waidhaus Sorge tragen? |
| 115. Abgeordneter
Schwarz
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Landesregierung Nordrhein-Westfalen für den Ausbau der B 8 bis zur Landesgrenze Rheinland-Pfalz Planvorstellungen hat? |
| 116. Abgeordneter
Schwarz
(CDU/CSU) | Ist der Bundesverkehrsminister der Meinung, daß dem Ausbau der B 8 von der rechtsrheinischen Autobahn zur Landesgrenze Rheinland-Pfalz erhöhte Bedeutung zukommt, um den Raum Altkirchen besser über die B 8 an die rechtsrheinische Autobahn anzuschließen? |
| 117. Abgeordneter
Dreyer
(CDU/CSU) | Darf davon ausgegangen werden, daß die Bedienung durch die Deutsche Bundesbahn in Niedersachsen auf den Stichstrecken Beckdorf-Hollenbeck, Bremervörde-Bevern und Geestenseth-Bremervorden/Wulsdorf erhalten bleibt? |
| 118. Abgeordneter
Ibrügger
(SPD) | Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über Umfang und Auswirkungen von Unfällen vor, die durch platzende Reifen seit 1970 verursacht worden sind? |
| 119. Abgeordneter
Ibrügger
(SPD) | Treffen Mutmaßungen in der Öffentlichkeit zu, daß möglicherweise wegen nicht ausreichender gesetzlicher Vorschriften oder Verordnungen über die Mindestgüte von Reifen der auf dem Markt angebotene niedrigste Qualitätsstandard den im Fahrbetrieb zu erwartenden Belastungen nur mangelhaft entspricht? |
| 120. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) | Unterstützt die Bundesregierung grundsätzlich eine gewisse Konkurrenz für die Technischen Überwachungsvereine (TÜV), und wird sie einer spürbaren Erhöhung der Gebühren für Kfz-Prüfungen ihre Zustimmung geben? |
| 121. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) | Wurde die durch den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen in Aussicht gestellte Besetzung von 19 Gerätemechaniker- und 10 Gleisbauerausbildungsstellen bei der Bundesbahndirektion Nürnberg zum Schluß 1979 vorgenommen (Antwort vom 18. Oktober 1978 auf meine Anfrage — Drucksache 8/2186, Teil B, Nr. 88), oder führten die angekündigten Verhandlungen zwischen der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn und dem Hauptpersonalrat zu einem anderen Ergebnis? |
| 122. Abgeordneter
Haar
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung, auch in Zukunft an ihrer restriktiven Kontingentspolitik im grenzüberschreitenden Straßengüterverkehr festzuhalten? |

123. Abgeordneter
Haar
(SPD) Wie gedenkt die Bundesregierung auf die Forderung Großbritanniens nach einer Verdoppelung der Genehmigungszahl und den Wunsch der niederländischen Regierung nach einer kräftigen Aufstockung ihres Kontingents zu reagieren?
124. Abgeordneter
Dr. Hornhues
(CDU/CSU) Ist eine Mitfinanzierung durch die Deutsche Bundesbahn im Zusammenhang mit dem Ausbau der L 89 in der Gemeinde Hasbergen (Kreis Osnabrück) bezüglich der voraussichtlich geplanten drei Brückenbauwerke über die Bundesbahnstrecke Bremen/Wanne-Eickel vorgesehen, gegebenenfalls zu welchem Zeitpunkt wäre dies möglich?
125. Abgeordnete
Frau
Benedix-Engler
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es sich bei der Harz-Eisenbahn um eine verhältnismäßig bedeutende Nebenstrecke handelt, die gleichzeitig in einem Fremdenverkehrsschwerpunkt und im Zonenrandgebiet liegt und Clausthal-Zellerfeld als technische Universitäts- und Bundeswehrgarnisonstadt verkehrsmäßig anbindet?
126. Abgeordnete
Frau
Benedix-Engler
(CDU/CSU) Wird unter Berücksichtigung der Vorranggesichtspunkte Energiesparsamkeit und Umweltfreundlichkeit der Rückbau der 1975 stillgelegten eingleisigen, normalspurigen Nebenbahnstrecke Goslar – Langelsheim – Altenau (Oberharz) eingestellt?
127. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Sind Eilzüge als Voraussetzung für die unentgeltliche Beförderung von Schwerbehinderten dann dem öffentlichen Personenverkehr gleichzustellen, wenn die Entfernung von 50 Kilometer nicht überschritten wird und wie im Fall der Strecke Rastatt – Offenburg von der Deutschen Bundesbahn keine Personenzüge vorgehalten werden, und wenn nein, was gilt als öffentlicher Personenverkehr nach dem Gesetz über die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter?
128. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach Inkrafttreten des Gesetzes über die freie Fahrt für Behinderte bei der Benutzung der Deutschen Bundesbahn in der Praxis Erschwernisse dadurch auftreten, daß die vom Gesetz Begünstigten nur Personenzüge, nicht aber Eil- und D-Züge unentgeltlich benutzen können, und ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, das Benutzungsrecht des berechtigten Personenkreises bis zu der im Gesetz vorgesehenen Entfernung durch eine entsprechende Verordnung auf E- und D-Züge auszudehnen, da gerade in den ländlichen Bereichen nur wenige Personenzüge verkehren und dadurch die Nutzungsmöglichkeit sehr eingeschränkt ist?
129. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung den am 23. Oktober 1979 von der belgischen Regierung verabschiedeten Gesetzentwurf, der Sonderstrafen für ausländische Verkehrssünder, d. h. insbesondere deutsche Verkehrsteilnehmer in Belgien, vorsieht mit der Politik der Europäischen Gemeinschaft für vereinbar, den Straßenverkehr in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft gleichen rechtlichen und technischen Bedingungen zu unterwerfen?

130. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die deutschen Besucher der Gemeinschaftsländer von weiteren Belastungen wie Autobahngebühren auf öffentlichen Straßen und Sonderstrafen zu bewahren, denen die Besucher aus den Ländern der Gemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland nicht ausgesetzt sind?
131. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Änderung der Verwaltungsvorschriften zur Straßenverkehrs-Ordnung ab 1. Januar 1980 auf den Radsport, und ist sie wirklich der Meinung, daß Dietrich Thurau und andere Spitzensportler bei Trainingsfahrten in Zukunft von Polizeistreifen angehalten werden sollten, weil an ihren Rennrädern Licht, Rücklicht, Schutzblech, Pedalrückstrahler und Klingel fehlen?
132. Abgeordneter
Hölscher
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die angebliche Absicht der Deutschen Bundesbahn, auf eine S-Bahnhaltestelle am Neckarstadion in Stuttgart zu verzichten, weil eine ausreichende Anzahl von Pkw-Parkplätzen zur Verfügung stehen sollen?
133. Abgeordneter
Hölscher
(FDP)
- Wie sieht die Bundesregierung eine solche Maßnahme im Zusammenhang mit städteplanerischen und energiepolitischen Bemühungen, den öffentlichen Personenverkehr auszubauen, um u. a. durch attraktive schienengebundene Verkehrssysteme den Autofahrer zu veranlassen, auf öffentliche Nahverkehrsmittel umzusteigen?
134. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten)
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei der Durchführung des Gesetzes zur kostenlosen Beförderung von Schwerbehinderten im Personenverkehr seitens der zuständigen Deutschen Bundesbahn die Begriffe „begünstigte Züge“ und „50-km-Grenze“ großzügig und wenig bürokratisch gehandhabt werden sollten, um sowohl gewisse Überschreitungen der 50-km-Grenze nicht als Härte auftreten zu lassen als auch – insbesondere in Bereichen ohne direkte Nahverkehrsmöglichkeiten – die im Rahmen der 50-km-Zone haltenden Durchgangszüge in die Möglichkeiten des Gesetzes einzubeziehen?
135. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten)
(FDP)
- Ist die Bundesregierung notfalls bereit, auf den Verwaltungsrat der Deutschen Bundesbahn dahin gehend einzuwirken, daß er die bereits jetzt auftretenden bürokratischen Hemmnisse in aller Kürze abbaut?
136. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Freifahrtmöglichkeiten von Schwerbehinderten bei der Deutschen Bundesbahn auf Nahverkehrszüge beschränkt sind, so daß Schwerbehinderte im ländlichen Raum, wo kaum noch Nahverkehrszüge verkehren, letztlich von der Vergünstigung ausgeschlossen sind, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?
137. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Welche Veränderungen werden sich beim Bau von Bundesfernstraßen im Bergischen Raum in Nordrhein-Westfalen bezüglich der Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Bundesfernstraßenbau im Rahmen des zweiten 5-Jahres-Plans ergeben?

- | | |
|---|---|
| 138. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) | Welche Vorschläge bzw. Prioritätenliste hat das Land Nordrhein-Westfalen dem Bundesverkehrsminister zu den einzelnen Straßenbauprojekten im Bergischen Raum in Nordrhein-Westfalen für die Fortschreibung des Bedarfsplans für den Bundesfernstraßenbau unterbreitet? |
| 139. Abgeordneter
Seefeld
(SPD) | Teilt die Bundesregierung Feststellungen des Luft-hansa-Vorstandsmitgliedes Utter, daß der Flugbetrieb durch schlecht organisierte oder mangelhaft ausgerüstete Flugsicherungsdienststellen anderer europäischer Länder behindert wird, und wenn ja, um welche Länder handelt es sich dabei und wie kann eine Änderung des bestehenden Zustandes erreicht werden? |
| 140. Abgeordneter
Fellmaier
(SPD) | Hat die Bundesregierung bei ihrer Entscheidung, das Autobahnkreuzungsbauwerk A 7/A 8 in der Gemarkung Elchingen, entgegen den Vorschlägen der Bayerischen Obersten Baubehörde und aller örtlichen Kommunalbehörden, „Autobahnkreuz Ulm“ zu benennen, die Tatsache berücksichtigt, daß das Kreuzungsbauwerk nahezu im Landkreis Neu-Ulm liegt? |
| 141. Abgeordneter
Fellmaier
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, ihre Entscheidung unter diesem Gesichtspunkt zu überprüfen, und das Kreuzungsbauwerk unter Verwendung eines ebenfalls allgemein bekannten Ortsnamens dann „Neu-Ulmer Kreuz“ zu benennen, nachdem es bereits die Autobahnausfahrten Ulm-West und Ulm-Ost gibt? |
| 142. Abgeordneter
Peiter
(SPD) | Wann ist nunmehr mit dem Ausbau der B 255 zu rechnen, nachdem entschieden ist, daß die A 48 (Westerwald-Autobahn) nicht gebaut wird? |
| 143. Abgeordneter
Peiter
(SPD) | Wie ist der Stand der Planungen zur Umgehung der Stadt Nastätten im Zuge der B 274, und wann ist voraussichtlich mit dem Baubeginn zu rechnen? |
| 144. Abgeordneter
Dr. Warnke
(CDU/CSU) | Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, eine Zusammenlegung der Omnibusdienste von Bahn und Post bei der Deutschen Bundesbahn anstelle der Zusammenfassung in einer gemeinsamen öffentlich-rechtlichen Betriebseinrichtung von Bahn und Post ins Auge zu fassen? |
| 145. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) | Welche Überlegungen hat die Deutsche Bundesbahn für den Raum Weiden angestellt, und wie sind die möglichen Auswirkungen auf die dort vorhandenen Arbeitsplätze? |
| 146. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) | Treffen Presseberichte zu, nach denen die Bundesregierung aus Rationalisierungsgründen, weil der Postbetrieb auf die Herstellung und den Vertrieb von Markenblocks heute nicht mehr eingestellt sei, mit dem Erscheinen des Weihnachtsblocks 1978 die Ausgabe neuer Blocks bis auf weiteres eingestellt hat? |
| 147. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) | Wenn ja, wieso hat die Bundesregierung dann zum „Tag der Briefmarke 1979“ am 11. Oktober 1979 zum ersten Mal einen Kleinbogen herausgegeben, der in Größe und Form einem Block entspricht? |

148. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Können die Einwohner der Städte Versmold und Borgholzhausen damit rechnen, zumindest tarifmäßig den übrigen Städten und Gemeinden insofern gleichgestellt zu werden, als sie zum Tarif des Nahdienstes mit ihrer Kreisverwaltung werden telefonieren können, oder was sonst bedeutet die Aussage der Bundesregierung, „Unbeschadet dessen wird die Deutsche Bundespost zum Nutzen der Kunden weiterhin bemüht sein, auch nach Einführung des Nahdienstes die Tarifgestaltung der fortschreitenden technischen Entwicklung anzupassen.“ (Deutscher Bundestag, Protokoll vom 14. September 1979, S. 13597 A) konkret?
149. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- In welcher Auflage, mit welchen Kosten und mit welcher Kostendeckung wird die Zeitschrift „telepost“ herausgegeben?
150. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Für welchen Bezieherkreis wird die Zeitschrift „telepost“ herausgegeben?
151. Abgeordneter
Dr. Warnke
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für rechtlich und politisch einwandfrei, fraktionsinterne Meinungsbildungen zur Grundlage von Verwaltungsanordnungen — wie mit Verfügung 123 — 3 B 2631 — 2 des Bundespostministers vom 14. August 1979 geschehen — zu machen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

152. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU)
- Will es die Bundesregierung in Kauf nehmen, daß als Folge der teils schon verordneten und teils geplanten Einführung von Heizungsmeßmethoden durch Verdunstungsgeräte nach bisherigen Erfahrungen die einen Bewohner einen Teil ihrer Räume ganz oder teilweise oder zeitweise unbeheizt lassen und sich für eine Mindesterwärmung auf die Heizung der Nachbarn verlassen, die dafür umso mehr Energie verbrauchen und Kosten aufwenden müssen, oder im Wettbewerb der Mietparteien um möglichst geringe Rechnungen durch Unterkühlung Feuchtigkeit entsteht, das Rohrsystem leidet und Schäden an der Bausubstanz eintreten können, die in keinem Verhältnis zur erwartenden Energieeinsparung und den Folgekosten stehen?
153. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Warum übergeht die Bundesregierung bei ihren Maßnahmen zum Zwangseinbau von Heizwärmemessern die dagegen vorgebrachten Einwendungen des Deutschen Mieterbunds und von Verbänden sowohl gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften als auch privater Hausbesitzer, nachdem sich Unternehmungen nach jahrelanger Erprobung wegen ihrer schlechten Erfahrungen bereits wieder zum Ausbau der Geräte entschlossen haben?
154. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung bei ihren Maßnahmen zum Einbau von Thermostaten und Heizwärmemessern berücksichtigt, daß für die Investition der Geräte und später für ihre Kontrolle in Verbindung mit dem umständlichen Ablese- und Kostenverteilungsverfahren ein beträchtlicher neuer sach-

- licher und personeller Verwaltungsaufwand entsteht, dessen Mehrkosten die Mieten und die Wohn-
gelder außer Verhältnis zum wirklichen Nutzen erhöhen?
155. Abgeordneter
Kittelmann
(CDU/CSU)
- Bedenkt die Bundesregierung bei ihren erlassenen oder geplanten Verordnungen über die Abrechnung von Heizkosten, daß an der Südseite eines Gebäudes 20 Grad und an der nördlichen Hofseite zur selben Zeit und bei gleicher Wärmeabgabe der Heizkörper nur 14 Grad herrschen können, und ob es nicht in hohem Maße unsozial ist, den ohnehin weniger begünstigten Bewohnern der Nord-, Wetter-, Hof- und Windseiten auch noch höhere Heizkosten aufzubürden, wenn auch sie eine Temperatur von 20 Grad haben wollen?
156. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU)
- Welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung daraus zu ziehen, daß auf der Grundlage älteren oder des von ihr gesetzten Bundesrechts Vermieter sogenannter Altbauten, deren Mieter dem Einbau von Wärmemeßgeräten widersprochen haben, Anträge auf behördliche Genehmigung bei einer Stadtverwaltung mit der Begründung einer vorteilhaften Verbesserung bewilligt erhalten und bei einer anderen Verwaltung gleiche Anträge mit dem Hinweis abgelehnt werden, daß weder eine Verbesserung eintritt noch eine nachhaltige Energieeinsparung zu erwarten ist, da sie lediglich die verbrauchte Energie messen, aber den Energieverbrauch nicht reduzieren?
157. Abgeordneter
Amrehn
(CDU/CSU)
- In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung bei ihren gesetzlichen Maßnahmen zur Einsparung von Energie in Mehrfamilienhäusern der Tatsache zu begegnen, daß Verdunstungsmesser nicht geeicht werden können, nach Angaben der Hersteller von vornherein Meßfehler bis zu 10 v. H. aufweisen und nicht den tatsächlichen Wärmeverbrauch für einen Gesamtraum messen, sondern hinter Gardinen oder Schutzgittern den dort eintretenden Wärmestau messen und so ein scheinbar gerechteres System zu noch größeren Ungerechtigkeiten als eine Kostenverteilung nach Wohnflächen führt?
158. Abgeordneter
Amrehn
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung bei ihren gesetzlichen Maßnahmen zur Einsparung von Energie in Mehrfamilienhäusern auch die Tatsache berücksichtigt, daß Verdunstungsmesser auf Grund des Wärmestaus den Verbrauch zu hoch anzeigen, oder selbst dann, wenn die Heizung nicht in Betrieb ist, Verbrauch anzeigen, weil die vom Warmwasserrohr erwärmte Wand oder Sonneneinstrahlung im Obergeschoß Mehrflüssigkeit verdunsten läßt, und es auch somit zu größeren Ungerechtigkeiten kommen kann?
159. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um zur Durchführung des Energieeinsparungsgesetzes vom 30. Juni 1979 ein einfaches und in den Bundesländern einheitliches Bewilligungsverfahren für die Zulage einzuführen, wie es angekündigt, aber nicht verwirklicht worden ist?
160. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Wieviel Richtlinien und Erlasse des Bundes sind zur Durchführung des Energieeinsparungsgesetzes vom 30. Juni 1979 bisher ergangen?

161. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Gibt es eine Absprache bzw. eine stille Duldung zwischen deutschen und französischen Instanzen dahin gehend, daß die französische Seite auf den Bau einer Staustufe bei Neuburgweier verzichtet würde, wenn die deutsche Seite akzeptiert, daß die französische Kali-Industrie ihre salzhaltigen Abwässer weiterhin gegenüber dem Kaiserstuhl in den Rhein leiten darf?
162. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, dem Land Baden-Württemberg von der Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens in Verbindung mit dem offensichtlich nicht mehr für notwendig gehaltenen Neubau einer Staustufe Neuburgweier abzuraten, nachdem sie (vgl. Fragestunde vom 6. August 1979) ein solches Planfeststellungsverfahren aus technischen Gründen nicht mehr für notwendig hält?
163. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Welchen Umfang werden die Polderflächen in Verbindung mit einer etwaigen Staustufe Neuburgweier im Raum Rastatt haben und um wieviel werden diese größer oder kleiner sein, je nachdem, ob die Staustufe gebaut wird oder nicht?
164. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß gerade Hobbyräume und Spielräume, die durch die Neufassung des § 42 Absatz 4 Ziffer 3 der Zweiten Berechnungsverordnung gefördert werden sollten, nach den Bauordnungen einzelner Länder (z. B. Nordrhein-Westfalen, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz) durchaus zulässig sein können mit der Konsequenz, daß es in diesen Ländern entgegen der Intention des Verordnungsgebers doch zu einer hälftigen Anrechnung der Wohnfläche dieser Räume kommen kann, und ist die Bundesregierung bereit, dieser Gefahr bei der erforderlichen Neufassung der Verwaltungsanordnung über die Anerkennung steuerbegünstigter Wohnungen und über die Grundsteuervergünstigung nach dem II. Wohnungsbaugesetz Rechnung zu tragen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

165. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß vor kurzem am DDR-Grenzübergang Eisfeld eine Frau und ihre beiden Kinder aus der Bundesrepublik Deutschland wegen zweier präparierter Vögel und einer alten Taschenuhr 12 Stunden lang festgehalten worden sind und der Ehemann wegen angeblicher nicht vollständiger Ausfüllung einer Zollerklärung noch 15000 DM Geldstrafe zahlen mußte, und stellt dieser Vorfall für die Bundesregierung einen Anlaß dar, von den DDR-Behörden zu verlangen, solche Praktiken einzustellen und künftig keine derart überhöhten Geldstrafen mehr zu verlangen?
166. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Welche Filme sind nach der jüngsten Ausmusterung im Gesamtdeutschen Institut zu den Themen 17. Juni 1953, 13. August 1961, Erziehung der Jugend zu Haß, Berliner Blockade, Ernst Reuter als „zeitgerecht“ abrufbar?

167. Abgeordneter
Gobrecht
(SPD) Hat die Bundesregierung die begründete Hoffnung, daß ein in nächster Zeit eventuell stattfindendes Gespräch zwischen Bundeskanzler Schmidt und SED-Sekretär Honecker eine für die Verbesserung und Erleichterung des Reiseverkehrs in die DDR „erfolgsversprechende“ Situation im Sinne der Antwort auf meine Frage vom 21. April 1978 (Drucksache 8/1728, Nr. A 80) schafft, und treffen Berichte im „Hamburger Abendblatt“ vom 15. Oktober 1979 zu, wonach die Bundesregierung für ein derartiges Gespräch bereits ein Verhandlungspaket geschnürt hat, das u. a. eine Einbeziehung Hamburgs in den „kleinen Grenzverkehr“ von Ost nach West vorsieht?
168. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte, daß der Vatikan bei der Einteilung der Diözesen in Deutschland eine Anpassung an die derzeitige innerdeutsche Grenze vornimmt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

169. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung an das Institut für Energie- und Umweltforschung, Heidelberg, außer einem Forschungsauftrag über ca. 850 000 DM zur Überprüfung von radioaktiven Emissionen bei Kernkraftwerken, weitere Forschungsvorhaben vergeben bzw. beabsichtigt sie, dies zukünftig zu tun?
170. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die Vergabe des genannten Auftrags für sachgerecht und vertrauensschaffend, angesichts der Tatsache, daß dem leitenden Mitarbeiter des Instituts, Dipl.-Biologen Dieter Teufel, während der Verhandlungen über das Kernkraftwerk Leibstadt (Schweiz) von Frau Prof. Dr. Fritz-Niggli — einer international anerkannten Expertin vom Strahlenbiologischen Institut der Universität Zürich — bescheinigt worden ist, daß die Expertise des Herrn Teufel „keine wissenschaftliche Arbeit darstelle, sondern ein subjektives Elaborat, offenkundlich mit der Idee, Laien zu verunsichern und mit pseudowissenschaftlichen Darstellungen falsche Vorstellungen zu erwecken“, und daß „diese Art des Vorgehens nur als wissenschaftliche Kriminalität bezeichnet werden könne, die bislang nicht bekannt war“?
171. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Welche Versuchsreaktoren und Prototypen natriumgekühlter „Schneller Brüter“ sind der Bundesregierung bekannt, wie lange und mit welchem Ergebnis funktionieren oder funktionierten sie?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

172. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Welche finanziellen Hilfen hat die Bundesrepublik Deutschland für die Republik Türkei seit Bestehen der Bundesregierung geleistet?

Bonn, den 2. November 1979

